



**Europäische
Bewegung
Österreich**

Gemeinsam stark

**Bilanz und Reformideen
für den EU-Binnenmarkt**



Inhaltsverzeichnis

Vorwort Christoph Leitl, Präsident der Europäischen Bewegung Österreich

Das ökonomische Rückgrat Europas 1

Vorwort Bundesministerin Karoline Edtstadler

Binnenmarkt ist Motor für Wachstum und Wohlstand 2

Mitgliedstaaten des EU-Binnenmarktes..... 3

Binnenmarkt macht EU zu einer globalen Handelsmacht..... 4

Daten & Fakten zum Binnenmarkt..... 6

AK | Binnenmarkt braucht eine neue Ausrichtung..... 8

BJV | Wir brauchen ein jugendgerechtes Europa..... 10

BFE | 30 Jahre EU-Binnenmarkt: Eine Erfolgsgeschichte..... 12

EFB | Ein europäischer Erfolg in Zahlen..... 14

ELEC | EU ist durch Binnenmarkt international attraktiver..... 16

EYFON | Europa ist Dialog und braucht Begeisterung..... 18

AEDE | Grenzenlose Chancen für unsere Jugend..... 20

GBH | Ein Grund zum Feiern, aber auch zum Nachdenken..... 22

GRÜNE | Binnenmarkt-Leitplanken: Green Deal und Sozialunion..... 24

IV | Österreichs Industrie profitiert vom Binnenmarkt..... 26

LKÖ | EU muss mehr Chance als Einschränkung sein..... 28

NEOS | Bürger:innen verlangen ein stärkeres Europa..... 30

ÖFEH | EU-Zukunftsvisionen verändern sich mit der Zeit..... 32

Österreichischer Städtebund | Daseinsvorsorge ist das Rückgrat der EU..... 34

ÖGB | Rechte der Arbeitnehmer:innen müssen gestärkt werden..... 36

ÖGfE | Ein Stück europäischer Identität..... 38

ÖVP | Hort der Freiheit, des Fortschritts und des Wohlstandes..... 40

SPÖ | EU-Binnenmarkt muss widerstandsfähiger werden..... 42

WHM | Menschen in Österreich profitieren vom Binnenmarkt..... 44

WKÖ | Was der EU-Binnenmarkt jetzt braucht..... 46

European Business Circle: Zielgerichtete Vernetzung..... 48

Europäische Bewegung Österreich..... 50

Binnenmarkt-Servicestellen in Österreich..... 52

Kontaktdaten / Impressum..... 53

Das ökonomische Rückgrat Europas

Wir genießen in Europa einen Wohlstand, wie ihn noch keine Generation zuvor jemals erlebt hat. Der Schlüssel dieser 30-jährigen Erfolgsgeschichte heißt Binnenmarkt. Der gemeinsame europäische Markt mit offenen Grenzen für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen hat die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einer sehr engen Zusammenarbeit gebracht und damit die Wirtschaft Europas auf Augenhöhe zu den USA und zu China gehoben.

Ergänzt durch den Wegfall von Grenzen (Schengen) und eine gemeinsame Währung (Euro) hat sich ein Wirtschaftsstandort Europa ergeben, der imstande ist, eine weltweite Führungsrolle im Sozialbereich und eine Pionierrolle im Klima- und Umweltschutz einzunehmen.

Das alles ist großartig, aber nicht selbstverständlich. Das haben nicht zuletzt die Entwicklungen der letzten Monate und Jahre gezeigt. Asien fordert Europa heraus und es wird gar nicht so einfach sein, unser Wohlstandsniveau zu erhalten und an nächste Generationen weiterzugeben.

Wir müssen etwas tun, aber was?

1. Wir müssen den Binnenmarkt vervollständigen in Bereichen, in denen er in der Praxis noch kaum entwickelt ist: im Kapitalmarkt, im Digitalbereich, bei den Energienetzen.
2. Wir müssen die Fundamente des Binnenmarktes stärken: Kreativität, eine moderne Aus- und Weiterbildung, verstärkte Wissenschaft und Forschung, Förderung von Innovationen und damit wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen zur Lösung der Probleme der Welt.
3. Die Kleingeisterei im Außenhandel muss aufhören. Europa muss mit allen Teilen der Welt wirtschaftliche Kooperationsabkommen schließen. Wenn wir Europäer:innen es nicht tun, machen es eben andere und schneiden sich damit ein Stück unseres Wohlstandskuchens ab.

4. Wir müssen danach streben, dass nach dem Beispiel von Norwegen auch mit Großbritannien und anderen europäischen Ländern dieser Binnenmarkt wieder hergestellt, erweitert und damit verstärkt wird.

5. Wir brauchen eine entscheidungs- und damit handlungsfähige Europäische Union, um Rahmenbedingungen in der Steuer-, Sozial- und Wettbewerbspolitik zu verbessern und Europa zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort mit Investitionen aus aller Welt zu machen.

Das kann man sich alles wünschen, aber man kann es auch in die Tat umsetzen. Als Plattform der proeuropäischen Kräfte wollen wir als Europäische Bewegung Österreich – gemeinsam mit unserem breit aufgestellten internationalen Netzwerk – an der Realisierung dieser Vision mitwirken. ★

Christoph Leitl

Präsident der Europäischen Bewegung Österreich



© Kucera



Binnenmarkt ist Motor für Wachstum und Wohlstand

Der „Vater“ des EU-Binnenmarktes, der frühere Kommissions-Präsident Jacques Delors, meinte: „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“. Anders als der Euro, zu dem zahlreiche EU-Bürger:innen eine mehr oder weniger ausgeprägte Meinung und Emotionalität haben, wird der Binnenmarkt weniger wahrgenommen, bzw. wenn, dann oft verbunden mit Kritik – Stichwort: Gurkenkrümmung, Glühbirnen.

Das ist für mich als Europaministerin schade, denn der Binnenmarkt ist als Motor für Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung einer der größten Erfolge der EU – ein Markt mit ca. 450 Mio. Menschen, der in etwa 15 Prozent des globalen BIP erwirtschaftet. Die durch ihn geschaffenen Grundfreiheiten sind wesentliche Eckpfeiler unseres europäischen Lebensmodells.

Das 30-jährige Binnenmarktjubiläum ist daher ein Anlass zum Feiern. Es bietet Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und sich Gedanken über die Weiterentwicklung des gemeinsamen Marktes zu machen: Auch der Angriff Russlands auf die Ukraine und

die Pandemie sowie deren wirtschaftliche Auswirkungen zeigen, dass die EU-Errungenschaften Friede, Freiheit und Wohlstand keine Selbstverständlichkeiten sind. Um Binnenmarkt und Wohlstand zu erhalten, muss die EU weiterentwickelt werden.

Die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas, an der sich auch Österreich intensiv beteiligt hat, dienen als Kompass. Die Konferenz schlug für den Binnenmarkt unter anderem vor: Wettbewerbsfähigkeitscheck für neue politische Initiativen und Maßnahmen zur Stärkung der KMUs und zum Abbau von Verwaltungslasten.

Das Potenzial des Binnenmarktes können wir weiter ausschöpfen: durch dessen Vertiefung für den grünen und digitalen Wandel, die nachhaltige Sicherung und Diversifizierung der dazu notwendigen strategischen Rohstoffe und Wertschöpfungsketten, berechenbare und klare Rahmenbedingungen für Investitionen und eine effiziente und effektive Nutzung vorhandener EU-Finanzmittel. Zentral sind auch: Sicherstellung technologischer Souveränität der EU und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in strategisch wichtigen Sektoren.

Lassen Sie uns verstärkt geopolitische Interessen voranstellen, die Abhängigkeit bei fossilen Energieträgern drastisch verringern und zugleich die strategische Zusammenarbeit mit Partnerländern ausbauen! Die EU-Erweiterungspolitik ist insbesondere am Westbalkan ein Instrument für eine auf europäischen Werten basierende Perspektive für die betroffenen Staaten. Der Binnenmarkt hat eine wesentliche Rolle bei der Integration.

Im Bewusstsein, dass unsere Stärke in der Gemeinschaft liegt, setze ich mich nach dem EU-Motto „in Vielfalt geeint“ für die Weiter-Gestaltung der EU und des Binnenmarktes ein. Als Europaministerin darf ich gratulieren: „Happy Birthday, EU-Binnenmarkt!“. ★

Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung



© BKA Dragan Tatic

Mitgliedstaaten des EU-Binnenmarktes

-  27 Mitgliedstaaten
-  447 Mio. Menschen
-  23 Mio. Unternehmen
-  14.522 Mrd. € BIP (2021)



- EU-Mitgliedstaaten im Binnenmarkt seit Gründung 1993
- EU-Mitgliedstaaten, die nach 1993 dem Binnenmarkt beigetreten sind
- Zugang mit Ausnahmen über Abkommen mit dem EWR
- Zugang mit Ausnahmen über bilaterale Verträge mit der EU
- Verbunden über die Europäische Zollunion



Binnenmarkt macht EU zu einer globalen Handelsmacht

4 Grundfreiheiten seit 1993



Freier Warenverkehr



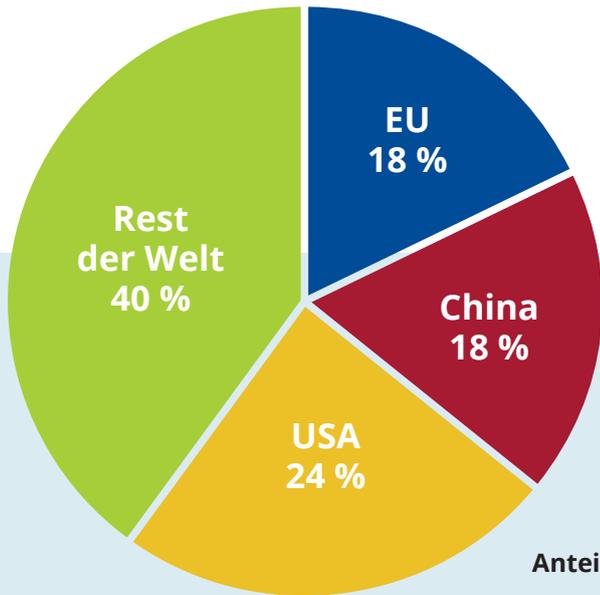
Personenfreizügigkeit



Dienstleistungsfreiheit



Freier Kapital- & Zahlungsverkehr

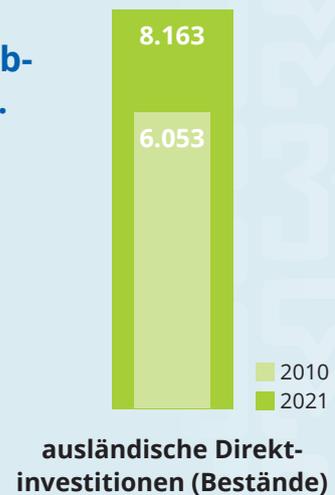
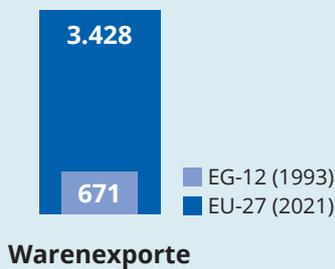


18 %
des weltweiten BIP entfallen auf die EU.

Anteil am weltweiten BIP, 2021

Die Beseitigung von Hindernissen hat zu einem erheblichen Anstieg des Handels innerhalb der EU geführt.

Angaben in Mrd. €



Die EU ist für Österreichs Wirtschaft ein erweiterter Heimmarkt.

Rund 70 % des gesamten Außenhandels (Exporte + Importe) werden mit den anderen 26 EU-Ländern (= Binnenmarkt) erzielt. Österreichs (weltweite) Exportquote (Waren + Dienstleistungen, gemessen am BIP) stieg seit der EU-Mitgliedschaft im Jahr 1995 von 33,6 % auf 55,9 % und liegt damit über dem EU-Durchschnitt.



Quelle: Eurostat



Daten & Fakten zum Binnenmarkt

80

Millionen Kinder

toben durch die Europäische Union. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung leben am meisten in Irland, am wenigsten in Deutschland.

83

Die Menschen in Spanien werden durchschnittlich **Jahre alt.**

Sie haben die höchste Lebenserwartung in der EU. Der EU-Schnitt liegt bei 80 Jahren.

40.000
Menschen.

Die Institutionen der Europäischen Union beschäftigen rund

Insgesamt leben und arbeiten rund

17

Millionen EU-Bürger:innen

in einem anderen EU-Land. In Österreich leben mehr als

793.000 Angehörige anderer EU-Länder

550 **Dolmetscher:innen**
übersetzen jede Sitzung des
Europaparlaments in alle
24
Amtssprachen.

Der Binnenmarkt umfasst rund
450 **Millionen**
Menschen.

Die griechische
Nationalhymne hat
158
Strophen.
Damit ist sie bei Weitem
die längste in der EU.

Der Frauenanteil im EU-Parlament
ist im Laufe der Jahre von
18 **36** **Prozent**
auf heute **gestiegen.**

Der höchste Berg in der EU ist über
4.800 **Meter** hoch.
Er steht an der Grenze zwischen
Frankreich und Italien und heißt
Mont Blanc, übersetzt „weißer Berg“.



Binnenmarkt braucht eine neue Ausrichtung

Das 30-Jahr-Jubiläum ist für die Arbeiterkammer ein Anlass, um über eine Neuausrichtung des Europäischen Binnenmarktes nachzudenken.



AK-Präsidentin Renate Anderl ist für eine Neuausrichtung

Zum 30. Jahrestag des EU-Binnenmarktes wird bei vielen Gelegenheiten der Mehrwert des freien Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs sowie der Personenfreizügigkeit hervorgehoben: Der Gemeinsame Markt bringe viele Vorteile und der Wohlstand sei gestiegen, wird betont. Tatsächlich zeigt sich jedoch, dass die derzeit herrschende Binnenmarktphilosophie alles andere als ein Erfolgsmodell ist. In den letzten 15 Jahren häuften sich die Krisen. Für viele Menschen und Mitgliedstaaten sind damit Wohlstandsverluste, Arbeitslosigkeit und Leid verbunden. Eines zeigt sich deutlich: Der Binnenmarkt braucht eine neue Ausrichtung!

Viel Licht und Schatten

Für Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen sind mit dem Binnenmarkt sowohl Vor- als auch Nachteile verbunden. Zu begrüßen ist, dass sich die Vielfalt des Dienstleistungs- und Warenangebotes deutlich erhöht hat. Außerdem hat die Einführung des Euro das Zahlen im Urlaub in den Euro-Ländern vereinfacht; Telefonate und Internetnutzung wurden durch die EU-Roaming-Vorschriften günstiger.

Aus Arbeitnehmer:innensicht positiv hervorzuheben ist, dass es in den letzten Jahrzehnten leichter geworden ist, in einem anderen EU-Land berufstätig zu sein. In vielen Bereichen ist jedoch ein Kampf um die niedrigsten Arbeitsstandards sowie grenzüberschreitendes Lohn- und Sozialdumping zu beobachten. Bei der Entsendung von Arbeitnehmer:innen wenden einige Unternehmen missbräuchliche Praktiken an, die für Beschäftigte etwa niedrigere Löhne und Pensionsansprüche bedeuten. Österreich ist aufgrund des hohen Lohngefälles zu mehreren Nachbarländern von Lohn- und Sozialdumping besonders betroffen.

„Die Grundlagen für eine Neuausrichtung gibt es bereits seit vielen Jahren in den EU-Verträgen, sie muss nur endlich umgesetzt werden!“

Renate Anderl, Präsidentin der Arbeiterkammer

Bei Krisen fehlen die Antworten

Die Finanzkrise, die Pandemie, der Brexit, die Energiepreiskrise und in immer größerem Ausmaß die Klimakatastrophe führten und führen zu erheblichen Verwerfungen im gemeinsamen Markt. Sie haben unter anderem zu Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlusten geführt. Die einseitige Binnenmarktpolitik erschwert zudem den sozial-ökologischen Übergang zu einer klimaneutralen Volkswirtschaft.

Es ist leider auch festzuhalten, dass der EU-Binnenmarkt durch die aktuell betriebene EU-Außenhandelspolitik seit Jahrzehnten ausgehöhlt wird. Zahlreiche Produkte werden nur noch im Ausland produziert, die Abhängigkeit von Drittländern ist dadurch groß. Im Krisenfall fehlt ausgebildetes Personal, das die Produktion übernehmen könnte. Das heißt, auch in der Außenhandelspolitik muss sich etwas ändern, um für einen stabilen Binnenmarkt zu sorgen.

Neuausrichtung ist notwendig

Die Krisen zeigen deutlich, dass eine grundlegende Neuausrichtung des Binnenmarktes nötig ist. Die Volkswirtschaften müssen sich vorrangig auf die Versorgung ihrer Bevölkerung, gute Lebensbedingungen und eine Begrenzung der Klimakatastrophe konzentrieren.

Grundsätzlich finden sich diese Ziele seit Jahren in den EU-Verträgen wieder: Artikel 3(3) EUV hält ua fest, dass Frieden, Werte und Wohlergehen der Völker der Europäischen Union zu fördern sind. Es soll für ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum, Preisstabilität und eine soziale Marktwirtschaft gesorgt werden, welche auf Vollbeschäftigung

und sozialen Fortschritt aufbauen und sich in hohem Maße an Umweltschutz und der Verbesserung der Umweltqualität orientieren.

Die Grundlagen für eine Neuausrichtung des EU-Binnenmarktes gibt es damit bereits seit vielen Jahren in den EU-Verträgen, sie muss nur endlich umgesetzt werden! ★

Autor **Frank Ey** ist Experte für EU-Binnenmarktpolitik in der Abteilung EU und Internationales in der Arbeiterkammer Wien.

DIE AK- SO NAH

Wir sind für Sie da –
und immer in Ihrer Nähe.

[wien.arbeiterkammer.at/
immernah](https://wien.arbeiterkammer.at/immernah)



WIEN.ARBEITERKAMMER.AT

AK

WIEN

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



Wir brauchen ein jugendgerechtes Europa

Die Bundesjugendvertretung wünscht sich von der EU, dass diese für junge Menschen greifbar ist, um Zugehörigkeitsgefühl und europäische Identität zu stärken.

Seit über 70 Jahren steht die EU für Frieden und Sicherheit ein. Durch die Zusammenarbeit der Staaten in der Union und das Fundament der vier Grundfreiheiten wurden viele neue Möglichkeiten, vor allem auch für junge Bürger:innen, geschaffen. Begegnungen und bereichernde Erfahrungen in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten zu sammeln, ist z.B. durch den freien Personenverkehr bedeutend erleichtert worden. Auch immer mehr junge Menschen nutzen die Chance, in der EU außerhalb ihres Heimatlandes zu wohnen, zu lernen oder zu arbeiten.



Sabir Ansari wünscht sich eine EU zum Angreifen

Die EU ist eine Erfolgsgeschichte. Allerdings braucht es gemeinsames Arbeiten an einer Weiterentwicklung, um ein wirkliches Gemeinschaftsprojekt zu garantieren, an dem alle Bürger:innen gleichermaßen teilhaben und von dem sie profitieren können.

Unter Österreichs Jugend gibt es viel Zustimmung für die EU. Über 80 % der jungen Menschen unterstützen Österreichs EU-Mitgliedschaft und fühlen sich als Europäer:innen. Aber es gibt auch Jugendliche, die von der EU enttäuscht sind oder sich von dieser nicht vertreten fühlen. Die drängenden politischen und wirtschaftlichen Probleme führen zu immer größer werdender Skepsis gegenüber der Gemeinschaft.

Die wachsende Verunsicherung und der Vertrauensverlust in die EU-Institutionen sind aus unserer Sicht ein klarer Handlungsauftrag für die Weiterentwicklung der EU. Bei der Behandlung dieser relevanten Zukunftsfragen muss vor allem sichergestellt werden, dass die EU kinder- und jugendfreundlich gestaltet wird. Wir wollen das Europa, in dem wir leben, für alle greifbarer machen: Die europäische Idee ist weit mehr als eine Wirtschaftsunion, es ist eine politische Union, die das friedliche Zusammenleben der europäischen Bürger:innen ermöglichen soll.

Steigende Instabilität und globale Krisenherde verlangen nach einer EU, die weltweit mit einer starken, geeinten Stimme für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auftritt.

Die EU ist der weltweit größte Binnenmarkt und hat dementsprechende Verantwortung in der Gestaltung der Rahmenbedingungen. Junge Menschen fordern eine faire, freie und transparente Handelspolitik.

© BJV

„Viele junge Menschen wünschen sich, dass die EU in der nachhaltigen Entwicklung eine Vorreiterinnenrolle einnimmt, um langfristig und global ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.“

Sabir Ansari, Bundesvorsitzender der BJV

Auch der Klimawandel macht keinen Halt vor nationalstaatlichen Grenzen. Klimaschutz ist deshalb von hoher internationaler Relevanz. Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels können nur global funktionieren, weshalb ein gemeinsames europäisches Vorgehen für unsere Regionen unerlässlich ist. Viele junge Menschen wünschen sich, dass die EU in der nachhaltigen Entwicklung eine Vorreiterinnenrolle einnimmt, um langfristig und global ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

EU muss greifbar werden

Um ein jugendgerechtes Europa zu realisieren, ist es ausschlaggebend, allen Bürger:innen gleiche Chancen zu bieten und Jugendliche aktiv in die Gestaltung der EU einzubinden. Die EU muss für junge Menschen greifbar und erfahrbar sein, um ihr Zugehörigkeitsgefühl und ihre europäische Identität positiv zu stärken.

Dabei ist es wichtig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebensumstände eingehen und die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in ihrer Vielfalt erfassen, bspw. persönliche, politische, sozio-ökonomische Faktoren wie Migrationshintergrund, Geschlecht oder auch Wohnort.

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und die EU jugendfreundlicher zu gestalten, braucht es umfassende Strategien. Jugendliche müssen im Zentrum der Entwicklung solcher Pläne und Maßnahmen stehen und vom Entwurf, über die Implementierung bis hin zur Evaluierung eingebunden sein. Dabei muss Jugendpolitik als Querschnittsmaterie verstanden und mit anderen Maßnahmen und Programmen vernetzt gedacht werden. ★



Die Bundesjugendvertretung ist die gesetzlich verankerte Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen in Österreich.

Sabir Ansari ist Vorsitzender der Bundesjugendvertretung und setzt sich dafür ein, dass die Stimmen von ca. drei Millionen Kindern und Jugendlichen von der Politik stärker gehört werden. Europapolitische Themen beschäftigen Sabir in seinem Ehrenamt stark, etwa im Rahmen des EU-Jugenddialogs. Die Bundesjugendvertretung koordiniert den EU-Jugenddialog in Österreich, einen europaweiten Beteiligungsprozess für junge Menschen zwischen 14 und 30 Jahren. Der EU-Jugenddialog macht die Ideen, Wünsche und Meinungen junger Menschen zu europäischen Themen sichtbar und schafft Räume für Dialog zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträger:innen.

Kontakt:

Bundesjugendvertretung
📍 Liechtensteinstr. 57/2, 1090 Wien
✉ international@bjv.at
🌐 www.bjv.at
📘 @bundesjugendvertretung
📷 @bundesjugendvertretung
🐦 @_BJV_



30 Jahre EU-Binnenmarkt: Eine Erfolgsgeschichte

Der Binnenmarkt hat Österreich zum Exportmeister gemacht und die heimische Wirtschaft gestärkt. Das BürgerInnen Forum Europa sieht darin die Basis für eine erfolgreiche Zukunft.



Othmar Karas setzt auf Europa als Produktionsstandort

Vor 30 Jahren begann ein Prozess, der unser Europa revolutionierte und für mehr Wohlstand, eine prosperierende Wirtschaft und eine größere Wahlfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger Europas sorgte. Der EU-Binnenmarkt hat Österreich zum Exportmeister gemacht und die heimische Wirtschaft immens gestärkt. 30 Jahre Binnenmarkt bilden ein Fundament, auf dem wir aufbauen können, aber uns nicht ausruhen dürfen.

Wir müssen uns stärker bewusst machen, dass die Zeitenwende eine Chance für den Wirtschafts- und Sozialstandort Europas ist. Europa wird an Bedeutung in der Welt verlieren, wenn wir nicht mehr Mut zum Gestalten und mehr Mut für Investitionen haben. Vor 30 Jahren entfielen 25 Prozent des globalen Wohlstandes auf Europa. 2040 wird der Anteil nur noch elf Prozent betragen. China und die USA werden vor uns und wir werden gleichauf mit Indien liegen. Daher benötigen wir mehr europäische Zusammenarbeit, Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit!

Der Binnenmarkt ist der größte Wirtschaftsraum der Welt – obwohl er noch lange nicht fertig gebaut ist. In seiner Fertigstellung liegt das größte Wachstums- und Beschäftigungspotential. Dieses Potential gilt es zu heben. Denn die Europäische Union muss wettbewerbsfähiger und eine autonome Sprecherin des Kontinents in der Welt sein.

Made in Europe stärkt den Binnenmarkt

In den letzten Jahren haben wir unsere Produktionsstätten oft außerhalb Europas gelegt und unsere Energiezufuhr von außerhalb bezogen. Made in Europe ist deshalb jetzt mehr denn je gefragt. Wir müssen dafür sorgen, dass wir für die neuen

© BürgerInnen Forum Europa

„Wir müssen auch in Zukunft unser Möglichstes tun, um den Binnenmarkt zu stärken und auszubauen. Davon profitiert unsere Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze werden geschaffen. Gleichzeitig müssen wir uns auf die Bewältigung der Herausforderungen, die vor uns liegen, konzentrieren wie beispielsweise den Klimawandel und die Digitalisierung. Denn nur durch Zusammenarbeit und Solidarität können wir eine bessere Zukunft Europas gemeinsam gestalten.“

Othmar Karas, Obmann BürgerInnen Forum Europa

grünen Technologien Weltmarktführer sind und nicht wiederum Zukunftstechnologien an China und die USA verlieren.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass der EU-Binnenmarkt auch Arbeit erfordert. Wir müssen die Herausforderungen, die noch bestehen, gemeinsam angehen und an einer besseren Zukunft für Europa arbeiten. Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass wir noch mehr Zusammenarbeit und Solidarität benötigen, um die Vorteile des Binnenmarktes voll auszuschöpfen. Wir müssen Hindernisse beseitigen, um den freien Handel und Investitionen im Binnenmarkt zu gewährleisten. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Einrichtung einer Task Force zur Durchsetzung des Binnenmarktes, die sich darauf konzentriert, Hindernisse zu verhindern und zu beseitigen. Wir müssen auch den Bereich der Dienstleistungen vertiefen, in dem Europa immer noch hinterhinkt, und die Bedürfnisse kleiner und mittelständischer Unternehmen in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stellen.

Gefragt sind Zusammenarbeit und Solidarität

In diesem Sinne können wir den 30. Jahrestag des EU-Binnenmarktes als Anlass nehmen, um uns daran zu erinnern, wie wichtig es ist, dass wir uns als Europäerinnen und Europäer zusammenschließen, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen. Wir müssen auch in Zukunft unser Möglichstes tun, um den Binnenmarkt zu stärken und auszu-

bauen. Davon profitiert unsere Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze werden geschaffen. Gleichzeitig müssen wir uns auf die Bewältigung der Herausforderungen, die vor uns liegen, konzentrieren wie beispielsweise den Klimawandel und die Digitalisierung. Denn nur durch Zusammenarbeit und Solidarität können wir eine bessere Zukunft Europas gemeinsam gestalten. ★



**BÜRGERINNEN
FORUM EUROPA**

Das **BürgerInnen Forum Europa** ist eine überparteiliche Plattform, die das europäische Bewusstsein in Österreich stärken will.

Othmar Karas ist Obmann und Gründer des überparteilichen „BürgerInnen Forum Europa“. Zudem ist er der Erste Vizepräsident des Europäischen Parlaments. Es ist seine dritte Amtszeit im Präsidium.

Kontakt:

✉ office@buergerforum-europa.at

🌐 www.buergerforum-europa.at

📷 [@bgf_europa](https://www.instagram.com/bgf_europa)

📘 [@bgf.europa](https://www.facebook.com/bgf.europa)

🐦 [@bgf_europa](https://twitter.com/bgf_europa)



Ein europäischer Erfolg in Zahlen

Für die Europäischen Föderalisten ist der EU-Binnenmarkt eine Erfolgsstory. Nach den ersten 30 Jahren gibt es eine Bilanz in Zahlen.

Die Analyse von Lukas Mandl, Präsident der Europäischen Föderalisten (EFB) und Abgeordneter zum Europäischen Parlament, zeigt, dass viele Arbeitsplätze, die Außenwirtschaft, aber auch Forschung und Ausbildung durch den Europäischen Binnenmarkt begünstigt wurden. EFB-Vizepräsidentin Eva Lichtenberger sieht mit dem Alpen-Transit aber auch eine der Schattenseiten des gemeinsamen Marktes.

70,8 Prozent mehr Handel mit Südkorea

Die Außenhandelsbilanz des Binnenmarktes mit Südkorea ist nach dem Abschluss des Freihandelsabkommens stark angestiegen. Derartige Verträge für freien Handel mit fairen Regeln erhöhen den Wohlstand und stärken die von Europa vertretenen Werte weltweit. Der Freihandelsvertrag mit Südkorea ist der bisher erfolgreichste.

1,2 Millionen Arbeitsplätze in Österreich

Der internationale Handel sichert unmittelbar Wohlstand und Arbeitsplätze in Österreich. Über 1,2 Millionen Jobs in Österreich werden direkt oder indirekt durch den Export gesichert. Das bedeutet Lebenschancen für viele Einzelne und ganze Familien. Gerade für eine offene Volkswirtschaft mit starken Fachkräften und hoher Qualität ist der Export ein entscheidender Faktor.

1,65 Mrd. Euro aus Forschungsförderung

Harte Arbeit, mutige Investments und starke Innovation zahlen sich im Binnenmarkt mehr aus als früher, weil sie mehr zur Geltung kommen. Was erwirtschaftet wird, kann uns in die Zukunft tragen. Dazu dient auch die EU-Forschungsförderung. Durch wissenschaftliche Exzellenz hat Österreich hier bisher stets überdurchschnittlich viel abgeholt. Derzeit geht es darum, auch die Forschungs- und Innovationsmittel aus dem neuen Verteidigungsfonds nach Österreich zu holen.

41,5 Prozent der Umsätze kommen aus dem Export

Wovon wir in Österreich leben, was wir daheim an Kaufkraft investieren, hängt maßgeblich vom Export ab. Der Binnenmarkt vermehrt die Exportchancen. Der Binnenmarkt-Anteil am Außenhandel Österreichs beträgt 70 Prozent.

Für EFB-Präsident Lukas Mandl und EFB-Vizepräsidentin Eva Lichtenberger könnte ein neuer EU-Vertrag weitere Impulse für das gemeinsame Europa leisten



© Alexander Louvet; Büro Lukas Mandl/M. Lahousse

„Die Analyse zeigt, dass viele Arbeitsplätze, die Außenwirtschaft, aber auch Forschung und Entwicklung durch den Europäischen Binnenmarkt begünstigt wurden.“

Lukas Mandl, Präsident Europäische Föderalistische Bewegung

136 Preise für heimische Lehrlinge

- 129 Einzelmedaillen
- 37 Leistungsdiplome „Medaillon for Excellence“
- in 16 Jahren (seit 2007)

Der Binnenmarkt erhöht die Chancen für Lehrlinge sowie Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Nur in Österreich wird dank des dualen Ausbildungssystems so konsequent mit Exzellenz ausgebildet. Durch den Binnenmarkt besteht eine europaweite Nachfrage, die jungen Menschen und allen Fachkräften aus Österreich Chancen eröffnet, wie es sie nie zuvor gab.

2,5 Millionen LKW am Brennerpass

Diese Zahl an Querungen im Jahr 2022 stellt mehr als eine Verdoppelung gegenüber den 90-er Jahren dar, als der Binnenmarkt so richtig in Schwung kam. Die Verkehrsbelastung durch den ständig steigenden Transport von Waren auf dieser Strecke ist enorm. Die hohe Zunahme des Warenverkehrs zeigt eine der Schattenseiten des Binnenmarktes – Umwelt und Bevölkerung in den Alpen sind die Leidtragenden.

17 Mio. EU-Bürger:innen leben/arbeiten im Ausland

Viele Unionsbürger:innen nutzen die Freizügigkeit der Arbeitnehmer:innen im EU-Binnenmarkt. Mit der schrittweisen Realisierung des Binnenmarktes und seiner Personenfreizügigkeit ist diese Zahl immer weiter gestiegen und hat vielen Menschen neue Chancen geboten.

Ausblick

Aktuell treibt die Europäische Union zwei neue Initiativen voran: die Kapitalmarktunion und den digitalen Binnenmarkt. Weitere Impulse könnte ein neuer EU-Vertrag setzen. Die Umsetzung eines solchen neuen Vertrages ist eine der Kernpositionen der Europäischen Föderalisten. ★



Lukas Mandl, Präsident Europäische Föderalistische Bewegung und Abgeordneter zum Europäischen Parlament

Eva Lichtenberger, Vizepräsidentin Europäische Föderalistische Bewegung und Abgeordnete zum Europäischen Parlament a.D.

Europäische Föderalistische Bewegung Österreich (EFB)

Die EFB wurde 1946 als überparteiliche Organisation gegründet und steht für ein demokratisches, vereintes und föderales Europa.

Kontakt:

📍 1020 Wien, Lassingleithnerplatz 2/3,

☎ EFB-Bundesbüro: +43 5 99 50

✉ office@efb.at

🐦 @efb_austria

📘 @Foederalisten



EU ist durch Binnenmarkt international attraktiver

Der Binnenmarkt hat zu einer wesentlichen Vertiefung der EU-Integration und zur EFTA-Erweiterung geführt, erzählt ELEC-Generalsekretär Franz Nauschnigg.

Sie teilen sehr persönliche Erinnerungen an die Anfänge des Binnenmarktes. Können Sie uns mehr darüber berichten?

Franz Nauschnigg: Als wir Anfang 1985 in Wien 25 Jahre Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) feierten, nahm der kurz zuvor bestellte EU-Kommissionspräsident und Architekt des Binnenmarktes, Jacques Delors, ebenfalls an den Feierlichkeiten teil. Während die älteren Beamten des Handelsministeriums die wichtigen EFTA-Handelsminister betreuten, durfte ich als junger Beamter Jacques Delors betreuen. Delors schilderte bei unseren Terminen seinen damals neuen Plan für einen EU-Binnenmarkt bis 1992. Er wollte damit die Eurosklerose überwinden und im Wettbewerb mit

den USA und Japan – mit ihren großen Binnenmärkten – eine bessere Ausgangsposition für die EU-Mitgliedstaaten schaffen.

Weshalb war der Binnenmarkt für Jacques Delors so wichtig?

Delors sah voraus, dass die Kapitalverkehrsliberalisierung Probleme für die fixen Wechselkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) bringen würde. Spekulative Attacken würde dadurch ein Spielfeld geboten. Mit dem Binnenmarkt wollte Delors den Druck in Richtung einer Stärkung des EWS und des ECU (European Currency Unit), dem Vorläufer des Euro, und in weiterer Folge einer gemeinsamen Währung erhöhen – nach dem Motto: One Market – One Money.

Delors war aber auch an der österreichischen Politik interessiert. Was erregte seine Aufmerksamkeit?

Delors interessierte an Österreich insbesondere die Sozialpartnerschaft und die Hartwährungspolitik. Hier vor allem, wie es gelang, durch eine koordinierte Lohnpolitik der Sozialpartner die Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Dies, da der Wechselkurs fixiert und daher nicht mehr durch Abwer-

tungen für eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt werden konnte.

Hat der Binnenmarkt die Erwartungen erfüllt?

Das Binnenmarktprogramm war sehr erfolgreich und die EU gewann dadurch enorm an Bedeutung. Einige Jahre später hätte wahrscheinlich der Minister selbst Delors betreut und nicht der jüngste Beamte.

Wie haben die EFTA-Länder auf den Binnenmarkt reagiert?

Die EFTA-Länder wollten am Binnenmarkt und dessen Vorteilen teilhaben. Es kam in der Folge zu Verhandlungen über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Dieser erlaubte die Teilnahme am Binnenmarkt, allerdings keine gleichberechtigte Mitwirkung an dessen Weiterentwicklung. Die meisten EFTA-Länder stellten daher EU-Beitrittsansuchen – darunter Österreich, Finnland, Schweden, Norwegen und auch die Schweiz. Österreich, Finnland und Schweden traten 1995 der EU und damit dem Binnenmarkt bei. Der norwegische EU-Beitritt scheiterte an einer negativen Volksabstimmung, ebenso erging es der Schweiz, welche dadurch schon an der EWR-Teilnahme scheiterte.



© privat

Franz Nauschnigg über die Anfänge des Binnenmarktes: Eurosklerose überwinden

„Österreichs Wirtschaft wuchs wesentlich schneller als die der Schweiz. Erst als es der Schweiz gelang, über bilaterale Abkommen am Binnenmarkt teilzunehmen, kehrte das Wachstum der Schweizer Wirtschaft Ende der 1990er Jahre zurück.“

Franz Nauschnigg, Generalsekretär von ELEC Österreich

Hatte die Nichtteilnahme am Binnenmarkt negative Auswirkungen auf die Schweiz?

Ja, diese waren sogar deutlich sichtbar. Während in den 1980er Jahren Österreich und die Schweiz als EFTA-Mitglieder noch eine ähnliche Wachstumssperformance aufwiesen, stagnierte die Schweiz ab der negativen EWR-Volksabstimmung. Österreichs Wirtschaft wuchs wesentlich schneller als die der Schweiz. Erst als es der Schweiz gelang, über bilaterale Abkommen am Binnenmarkt teilzunehmen, kehrte das Wachstum der Schweizer Wirtschaft Ende der 1990er Jahre zurück.

Wie entwickelt sich die Wirtschaft in Großbritannien nach dem EU-Austritt?

Nach dem BREXIT und dem Ausscheiden aus dem EU-Binnenmarkt fiel auch Großbritannien im Wachstum gegenüber der EU zurück, vor allem da die Exporte in die EU einbrachen und nicht anderswo kompensiert werden konnten.

Welche Themen stehen im Binnenmarkt aktuell auf der Tagesordnung?

In letzter Zeit haben industriepolitische Maßnahmen wieder an Bedeutung gewonnen. China betreibt schon lange Indus-

triepolitik – zuletzt mit dem Made in China 2025 Programm. Damit ist es China gelungen, die einst führende deutsche Solarindustrie zu zerstören und selbst Weltmarktführer in diesem zentralen Bereich zu werden. Auch der US Inflation Reduction Act im Jahre 2022 hatte nicht Inflationssenkung als Ziel, sondern Industriepolitik. Die EU stellt mit ihrer Recovery and Resilience Facility, bei der über ein Drittel der Mittel für grüne Investitionen reserviert sind, beträchtliche Mittel in diesem Bereich zur Verfügung. Im Februar 2023 hat die EU-Kommission den „Green Deal Industrial Plan (GDIP)“ vorgeschlagen, mit dem die grünen Industrien in der EU zusätzlich gefördert werden sollen.

Wie sieht es mit der österreichischen Industriepolitik aus?

Österreich hat mit einer zielgerichteten Industriepolitik gute Erfahrungen gemacht. In den 1980er Jahren war ich im Österreichischen Handelsministerium in die Entwicklung der heimischen Automobilcluster involviert und später wurde ein kleiner Solarcluster rund um St. Veit in Kärnten entwickelt. Auch die Ansiedlung der Chipindustrie war sehr erfolgreich. ★



Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) ist ein internationaler Verband, der Analysen zu europäischen Wirtschaftsthemen erstellt und beratenden Status beim Europarat und in der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen hat.

Franz Nauschnigg ist Generalsekretär von ELEC Österreich und Vizepräsident von ELEC International. Am Beginn seiner Karriere war er Beamter im Österreichischen Handelsministerium. Anschließend war er viele Jahre Leiter der Abteilung für Internationales und europäische Angelegenheiten in der Oesterreichischen Nationalbank.

Kontakt:
✉ Franz.Nauschnigg@smpfund.eu



Europa ist Dialog und braucht Begeisterung

Das Europäische Jugendforum Neumarkt (EYFON) wünscht sich wieder mehr Begeisterung für Europa und den gemeinsamen Markt.

„On ne tombe pas amoureux d'un marché unique.“ Mit dieser Aussage hat Jacques Delors 1989 eine unglaubliche Euphorie und Begeisterung entfacht und die Idee des vereinten Europas belebt und greifbar gemacht. Der große Europäer hatte damals gewusst, dass die Fertigstellung des Binnenmarktes mit 1992 niemandem, außer vielleicht jenen Kundigen und Hardlinern unter den europäischen Bürger:innen, mehr als nur Anerkennung des Abschlusses eines Kernprojektes der Integration entlocken wird. Zu weit weg vom täglichen Erleben, zu abstrakt sind die vier Freiheiten, als dass sie bei den Menschen des Kontinents wirklich eine positive, erfreute oder gar emotionale Regung verursachen. Also wurde diese Fertigstellung mit einem Datum, dem 31.12.1992, versehen, durch ein Weißbuch mit den fehlenden 300 Maßnahmen ergänzt und vor allem einer unglaublichen PR-Kampagne geschmückt und promotet.

Diesem Sog an positiver Energie und gespanntem Warten auf die – endlich eintretende – Realisierung des großen Meilensteins konnte sich niemand entziehen. Delors Kampagne hatte es geschafft, das Erreichte, Angestrebte und die Vision des Gemeinsamen Marktes derart gut zu inszenieren, dass man sich dieser nicht verschließen konnte. Aufbruch, Zuversicht und auch Stolz war die vorherrschende Stimmung in Europa. Die Fertigstellung des Binnenmarktes hat die Menschen damals bewegt, 1992 war in aller Munde und man „brannte“ für Europa.

Europa braucht Emotionen

30 Jahre später können wir von Aufbruchsstimmung, Begeisterung und Bewegung nicht viel spüren. Die Ziele Europas sind für ihre Bürger:innen nur mehr schwer greifbar und undurchsichtig. Europa wird heute als zerstritten, uneinheitlich und so kontrovers wie bürokratisch empfunden. Natürlich sind Frieden, Wohlstand und Freiheit weiter die Highlights des europäischen Gedankens, die heute wichtiger denn je erscheinen. Aber begeistern sie noch? Und wenn ja: Machen wir die Europäische Union dafür verantwortlich? Oder haben wir uns an diese Attribute so gewöhnt, dass wir ihren Ursprung nicht mehr kennen? Einmal mehr müssen wir erkennen, dass vieles in der Kommunikation der europäischen Errungenschaften vernachlässigt wurde.

Europa ist ein Prozess, der ge- und erlernt werden muss – und das am besten von frühester Jugend an. Europa muss einerseits in das Grundverständnis von Lebens- und Wirtschaftszusammenhängen einfließen und darf andererseits nicht als Selbstverständlichkeit verwaorlosen.



© EYFON

Die Europaburg in Neumarkt ist Treffpunkt für junge Europäer:innen

„Eine wettbewerbs- und widerstandsfähige Europäische Union ist stetig weiterzuentwickeln. Das ‚Wie‘ diskutieren unsere EYFONISTAS gerade in Zeiten großer Herausforderungen auf der Europaburg in Neumarkt.“

Christian Buchmann, Geschäftsführer des Europäischen Jugendforum Neumarkt

Europa ist Erleben, ist Lernen, ist Spüren eines Lebensgefühls, um das man sich aber auch bemühen muss – durch konsequente wie konstante Auseinandersetzung. Europa ist Dialog, ist kritische Wahrnehmung, ist Erfahrung und muss Begeisterung sein.

Das Europäische Jugendforum Neumarkt möchte mit der Europaburg und seinen vielen verschiedenen Formaten die nächste Generation der Europäer:innen ansprechen und dieser über den Weg des Erlebens ein Stück unseres europäischen Lebens bewusst machen. Dies in der Hoffnung und Zuversicht, dass die nächste Generation wieder jenes „Feuer“, jenen Aufbruch und auch verdienten Stolz für ihren Kontinent empfindet.

Für das 2018 als Stiftung gegründete EYFON ist bei den Mehrtagesseminaren für junge Europäer:innen der Aspekt des Miteinanders, der Solidarität, der Gemeinsamkeit und der Identität das zentrale Anliegen. Das Vertrautwerden mit den europäischen Ideen und Werten, das Entwickeln europäischer Perspektiven, das Finden eines Leitbildes und das Engagement für Europa sowie die Identifizierung mit Europa sind die Ziele auf dem Weg der EYFONISTAS. ★

„EYFON hat uns bewusst gemacht, dass wir Teil einer größeren Gemeinschaft sind, ohne Grenzen und Reisepässe, die über die EU hinausgeht und alle Nationen Europas miteinschließt.“

EYFONISTA über die EYFON PeaceDays 2022



© EYFON

Junge Menschen teilen ihre Begeisterung für Europa



Das Europäische Jugendforum Neumarkt (EYFON) organisiert und veranstaltet seit 2018 auf der Europaburg Neumarkt Seminare, Jugendbegegnungen und Online-Aktivitäten für junge Menschen aus ganz Europa

Claudia Weyringer ist Mitarbeiterin bei EYFON und zuständig für Sonderprojekte.

Kontakt:

✉ office@eyfon.at

🌐 www.eyfon.at

📘 @EYFON

📷 @eyfon_at



Grenzenlose Chancen für unsere Jugend

Der Europäische Binnenmarkt ist heute selbstverständlich. AEDE Österreich nimmt den BREXIT zum Anlass, um bewusst zu machen, was es heißt, unsere Freiheit zu verlieren.

Wir haben uns alle an ihn gewöhnt, den Europäischen Binnenmarkt. Nach 30 Jahren denken wir kaum noch an jene Zeit zurück, als es noch Grenzkontrollen und andere nervenaufreibende Einschränkungen im europäischen Personen- und Warenverkehr gegeben hat.

Für unsere Kinder und Jugendlichen sind die Vorteile des Binnenmarktes selbstverständlich, denn sie kennen es nicht anders. Für uns Ältere ist er aufgrund der zahlreichen Erleichterungen auch nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken. Aber die Auswirkungen des BREXIT im Vereinigten Königreich machen uns wieder bewusst, was es heißt, nicht mehr im „Binnenmarkt“ zu sein.

Es ist daher Teil unserer gesellschaftspolitischen Verantwortung gegenüber unserer Jugend und den nachfolgenden Generationen, das Verbindende und die gemeinsamen Werte, die dem Europäischen Binnenmarkt seit 30 Jahren zugrunde liegen, in den Fokus zu stellen. Aber auch aufzuzeigen, welche Folgen ein Austritt für jeden einzelnen von uns hätte.

*„Europa lässt sich nicht mit einem Schlag herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“**

Robert Schuman, 9. Mai 1950

Die Liste der Vorteile ist lang, zu den wichtigsten zählen:

1. Durch den Wegfall der Binnengrenzen haben nicht nur wir in Österreich, sondern auch die anderen Mitgliedstaaten ein hohes Wirtschaftswachstum erzielen können. Außerdem ist das tägliche Leben der Bürger:innen und Unternehmen in vielen Bereichen wesentlich einfacher geworden.
2. Österreich als kleine und offene Volkswirtschaft profitiert(e) besonders vom Binnenmarkt und vor allem auch vom Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten.
3. Österreich ist Direktinvestor – vor allem in den mittel- und osteuropäischen Staaten.
4. Die COVID-19 Pandemie und Russlands Angriff auf die Ukraine haben uns auch gezeigt, wie fragil der EU-Binnenmarkt sein kann, und dass nationale Alleingänge ihn gefährden können.
5. Die Folgen eines österreichischen EU-Austritts wären wirtschaftliche Isolation und der Wegfall des Mitbestimmungsrechtes auf EU-Ebene.
6. Der Binnenmarkt ist einer der Eckpfeiler der europäischen Integration.
7. Der Binnenmarkt hat Einigkeit und Chancen für alle Menschen gebracht – davon profitieren nicht zuletzt auch unsere Kinder und Jugendlichen.
8. Die EU wurde zur globalen Handelsmacht, mit hochwertigen Waren, gemeinsamen Normen und gleicher Qualität inklusive Verbraucherschutz.

* Originalzitat: “L’Europe ne se fera pas d’un coup, ni dans une construction d’ensemble; elle se fera par des réalisations concrètes créant d’abord une solidarité de fait.”

„Der Europäische Binnenmarkt ist ein Teil unseres Alltags und wir können uns ein Leben ohne diese Freiheiten nicht mehr vorstellen. Machen wir uns also bewusst, welche Chancen uns der Binnenmarkt in Zukunft noch bieten kann.“

Elisabeth Dittrich, Präsidentin AEDE-Österreich

9. Der Binnenmarkt umfasst neben den EU-Staaten auch Island, das Fürstentum Liechtenstein und Norwegen im Rahmen des EWR. Durch zahlreiche bilaterale Abkommen hat auch die Schweiz teilweise Zugang zum Binnenmarkt.
10. Der Handel zwischen den EU-Ländern wurde/wird auf vielfältige Art und Weise gefördert.

Auch wenn wir heute auf eine 30-jährige Erfolgsgeschichte zurückblicken, so gibt es doch noch viel zu tun, damit wir unsere gemeinsame Vision vom Europäischen Binnenmarkt weiterentwickeln können.

Ich denke, Anna Carazzini (Grüne, EFA, Deutschland) hat es anlässlich des 30. Geburtstages des EU-Binnenmarktes im Europäischen Parlament auf den Punkt gebracht: „Der Binnenmarkt muss ein Instrument zur Umsetzung unserer politischen Ziele und Werte werden, von der Bekämpfung der Klimakrise bis zur Verteidigung unserer Demokratie im Internet. Hohe Verbraucher-, Sozial- und Umweltstandards sind es, die unseren Markt weltweit so attraktiv machen. Die Unternehmen werden von europäischen Standards profitieren, die zu einem globalen Maßstab werden.“ ★



© AEDE Österreich



© Foto Jeschofnig

Elisabeth Dittrich: EU gemeinsam weiterentwickeln



Europtimus (AEDE Österreich) hat das Ziel, im Sinne einer positiven Europaerziehung die Vermittlung der europäischen Idee an den Schulen, das gegenseitige Verständnis und das Zusammenleben der Jugend in Europa zu fördern. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) sowie der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich wurde zu diesem Zweck ein eigener Preis, der Europtimus-Preis, entwickelt und erstmals 1989 vergeben.

Elisabeth Dittrich ist Präsidentin AEDE-Österreich und Vizepräsidentin der AEDE-Europa.

Kontakt:

EUROPTIMUS – Vereinigung für europapolitische Bildung – AEDE Österreich
✉ verein@europtimus.at
🌐 www.europtimus.at



Ein Grund zum Feiern, aber auch zum Nachdenken

Der EU-Binnenmarkt feiert sein 30-jähriges Bestehen. Die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) fordert, dass der gemeinsame Markt sowohl für Unternehmen wie auch für Beschäftigte fair gestaltet sein muss.

Das an sich freudige Jubiläum dieser großen Errungenschaft wird leider durch die zunehmende grenzüberschreitende Ausbeutung, gerade bei der Entsendung von Arbeitnehmer:innen, getrübt. Zwar hat die EU-Kommission mit der Schaffung der European Labour Authority ELA einen wich-

tigen Schritt gesetzt, doch zeichnet sich ab, dass die Kompetenzen der Behörde nicht weitreichend genug sind, um Missstände zu beseitigen. Leider ist der nationalstaatliche Wettkampf um die niedrigsten Arbeitskosten immer noch auf der Tagesordnung.

Die GBH feiert zwar gerne mit, doch scheinen auch Hinweise auf Lücken, die sich im Binnenmarkt auf-tun, angebracht.

Unfairer Wettbewerb nimmt zu

Im Rahmen von Untersuchungen der Europäischen Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) betreffend die Durchsetzung der EU-Vorschriften zu Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsschutz sowie Sicherheit wurde festgestellt, dass der unfaire Wettbewerb und die Verletzungen gegen europäische Binnenmarktregeln sehr stark zunehmen.

Die jüngsten Änderungen im Zusammenhang mit der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmer:innen und der Durchsetzungsrichtlinie sind deshalb Schritte in die richtige Richtung. Lohn- und Sozialdumping sind leider auf der Tagesordnung. Speziell die Situation an den Grenzen Österreichs zeigt eine Ungleichbehandlung von inländischen und entsandten Arbeitnehmer:innen.

In vielen Sektoren steigen grenzüberschreitende Arbeitskräfteentsendungen bzw. Arbeitskräfteüberlassungen. Hier ist neben dem Bausektor vor allem der Transportsektor und der Nahrungsmittelsektor, aber auch die Forstwirtschaft zu nennen. Ausschlaggebend ist das große Lohngefälle zwischen Österreich einerseits und den mittel- und osteuropäischen Ländern andererseits. Un-



© GBH-Presse

Josef Muchitsch ist eine starke Stimme für ein soziales Europa

„Die GBH will innerhalb der Familie der Europäischen Bewegung Österreichs (EBÖ) eine starke Stimme für ein soziales Europa sein, damit die nächsten 30 Jahre des Binnenmarktes sozial gerechte Jahre werden.“

Josef Muchitsch, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz

faire Wettbewerbsmethoden haben stark zugenommen. Bei Lohn- und Sozialstandards wird auf Kosten der Beschäftigten gespart.

Allein im Baubereich zeigen Erhebungen der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK), dass nahezu die Hälfte der ausländischen Entsendeunternehmen die in Österreich kollektivvertraglich festgelegten Bestimmungen nicht erfüllen will.

Wenn jemand mehr als sechs Monate in Österreich beschäftigt ist, braucht diese Person eine Beschäftigungsbewilligung. Eine Entsendebestätigung ist dann notwendig, wenn man bis zu sechs Monate lang in Österreich arbeiten will. Allerdings ist es so, dass eine Entsendebestätigung nicht vor dem Arbeitsantritt, sondern erst bis zum Ablauf des vierten Monats der Beschäftigung beantragt werden muss. Eine Kontrolle ist damit in den ersten Monaten ausgeschlossen. Wie unschwer zu erkennen ist, ist damit einer Unterentlohnung Tür und Tor geöffnet.

Das verheerende Zusammenspiel der Systeme bringt jährlich zehntausende Beschäftigte um angemessene Einkommen und Sozialversicherungsleistungen. Hier ist die Kommission gefordert, für einen fairen Binnenmarkt sowohl für Unternehmen als auch für Beschäftigte zu sorgen.

EU braucht hohe Sozialstandards

Die Gewerkschaft Bau-Holz setzt sich im Sinne ihrer Mitglieder für Fairness zwischen den Staaten ein. Hohe Sozialstandards dürfen in der EU keine Ausnahme sein, sondern sollen zur Regel werden.

Die GBH erhebt daher ihre Stimme, wenn die Regeln des Binnenmarktes missbraucht werden.

Nicht nur national, sondern auch international. Sei es innerhalb des Europäischen Gewerkschaftsbundes, sei es mit den (inter)nationalen Sozialpartner:innen, sei es bei der ELA oder der EU-Kommission. Die GBH will aber auch innerhalb der Familie der Europäischen Bewegung Österreichs (EBÖ) eine starke Stimme für ein soziales Europa sein, damit die nächsten 30 Jahre des Binnenmarktes sozial gerechte Jahre werden. ★



Gewerkschaft Bau-Holz

Die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) vertritt die Anliegen von mehr als 116.000 Mitgliedern und verhandelt regelmäßig rund 25 Kollektivverträge.

Josef Muchitsch ist Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz.

Kontakt:

 www.bau-holz.at

 [@deinegbh/](https://www.facebook.com/deinegbh/)

 [@gewerkschaft_bauholz/](https://www.instagram.com/gewerkschaft_bauholz/)

 [channel/UC3jDhJPWYTOGm0somFtAXOw](https://www.youtube.com/channel/UC3jDhJPWYTOGm0somFtAXOw) t



Binnenmarkt-Leitplanken: Green Deal und Sozialunion

Damit die 30-jährige Erfolgsgeschichte weitergeht, muss der Binnenmarkt aus Sicht der Grünen als Instrument zur Umsetzung politischer Ziele und Werte genützt werden.

Ein zentrales EU-Jubiläum ist ohne viel Aufsehen über die Bühne gegangen. Das „Kronjuwel“ der europäischen Einigung hat ohne große Party und viel „Happy Birthday“-Jubel seinen runden Geburtstag gefeiert.

Anfang 2023 ist der EU-Binnenmarkt 30 Jahre alt geworden, doch das öffentliche Interesse war enden wollend. Umso wichtiger, dass die Europäische Bewegung Österreich (EBÖ) dieses Jubiläum nicht ganz sang- und klanglos vorüberziehen lässt und zum Anlass für einen gemeinsamen

Ausblick in die EU-Zukunft nimmt. Denn gerade der Blick auf diesen EU-Grundstein zeigt nicht nur positive Seiten der Union und ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik, sondern auch sozialpolitische Schatten werden sichtbar. Diese aufzupolieren und den Binnenmarkt-Schatz an heutige und zukünftige Anforderungen anzupassen, ist der Auftrag, der mit dem Jubiläum einhergeht.

„Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“, sagte Jacques Delors, der ehemalige EU-Kommissionspräsident und zentrale Binnenmarkt-Geburts helfer, richtig voraus. Das muss auch nicht sein. Es reicht, wenn dieses wirtschaftspolitische Instrument ständig so adaptiert wird, dass es seine Aufgaben erfüllt und dafür geschätzt wird. Und das gelingt dem Binnenmarkt und seinen berühmten „4 Freiheiten“: Waren, Personen, Dienstleistungen, Kapital.

Viele Vorteile für Bürger:innen

Die EU-Bürger:innen profitieren von hohen Standards bei Konsumartikeln aller Art und einer verhältnismäßig großen Lebensmittel- und Arzneimittelsicherheit. Gleichzeitig können wir in jedem EU-Land leben, studieren, arbeiten und uns zur Ruhe setzen. Laut Berechnungen der Kommission hat der Binnenmarkt in den vergangenen 30 Jahren 2,75 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Diese Erfolge werden auch gesehen: In einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) zum 30-Jahr-Jubiläum bestätigen sieben von zehn Befragten die Bedeutung der Personenfreizügigkeit, halten die Möglichkeit in einem anderen Mitgliedstaat zu wohnen und zu arbeiten für „sehr wichtig“ (34 Prozent) bzw. „eher wichtig“ (36 Prozent).



© Maria Noi

Monika Vana möchte den Binnenmarkt mit nachhaltigen Leitlinien stärken

„Der Garant zukünftiger europäischer Wettbewerbsfähigkeit ist der Green Deal. Damit die Erfolgsgeschichte weitergeht, müssen seine Leitlinien die Leitplanken des EU-Binnenmarktes der Zukunft sein.“

Monika Vana, Abgeordnete zum Europäischen Parlament

In gleich hohem Ausmaß (69 Prozent) wird von den Befragten in Österreich der freie Warenverkehr als Errungenschaft betrachtet. Rund zwei Drittel sehen im freien Dienstleistungsverkehr eine „sehr wichtige“ (31 Prozent) bzw. „eher wichtige“ (36 Prozent) Möglichkeit, die der Binnenmarkt den EU-Bürger:innen bietet. Knapp sechs von zehn Befragten erachten den freien Kapitalverkehr als „sehr wichtig“ (24 Prozent) bzw. „eher wichtig“ (34 Prozent).

Das aktuelle Meinungsbild unterscheidet sich damit kaum von jenem, das die ÖGfE zum 20-jährigen Bestehen des Binnenmarktes erhoben hat. Fast drei Viertel der Befragten sagen mittlerweile aber auch, dass die Konsument:innen in Österreich vom EU-Binnenmarkt profitieren („große Vorteile“: 34 Prozent, „geringe Vorteile“: 39 Prozent). Damit fällt in diesem Bereich die Bilanz deutlich positiver aus als vor zehn Jahren.

Binnenmarkt muss sich weiterentwickeln

Die hohe Akzeptanz des Binnenmarktes darf uns jedoch nicht dazu verleiten, diese als selbstverständlich zu erachten – im Gegenteil. Über Grenzen und Mauern wird wieder diskutiert innerhalb der EU. Sicher geglaubte Errungenschaften Europas geraten ins Wanken, bis zu Demokratie und Frieden. Diese Position war auch Tenor einer Plenartagung des Europaparlaments zum Binnenmarkt-Jubiläum im Jänner. Eine große Mehrheit der Abgeordneten fordert mehr Engagement und politischen Willen der EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen für eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Binnenmarktes.

Für mich und die Grüne Fraktion heißt das konkret: Die Freiheiten des Binnenmarktes müssen

noch stärker als bisher in eine wirksame Sozialunion eingebettet werden.

Starke Arbeitnehmer:innenrechte und ein soziales Netz für alle sind ebenso wichtig wie freier Waren- und Kapitalverkehr. Der Binnenmarkt muss ein Instrument zur Umsetzung unserer politischen Ziele und Werte werden: Von der Bekämpfung der Klimakrise, europaweiten sozialen Standards, bis hin zur Verteidigung unserer Demokratie im Internet.

Um Ungleichgewichte auszugleichen und die Einheit des EU-Binnenmarktes sicherzustellen, fordern wir einen EU-Investitionsfonds. Nationale Maßnahmen dürfen nicht zu Zersplitterung und Schieflagen auf dem EU-Binnenmarkt führen.

Der Garant zukünftiger europäischer Wettbewerbsfähigkeit ist der Green Deal. Damit die Erfolgsgeschichte weitergeht, müssen seine Leitlinien die Leitplanken des EU-Binnenmarktes der Zukunft sein. ★



Monika Vana ist seit 2014 Abgeordnete zum Europäischen Parlament und seit 2019 Delegationsleiterin der österreichischen Grünen.

Kontakt:

✉ monika.vana@europarl.europa.eu
🌐 www.monikavana.eu



Österreichs Industrie profitiert vom Binnenmarkt

Aus Sicht der Industriellenvereinigung ist der Binnenmarkt eine Erfolgsgeschichte, die in den kommenden Jahren konsequent weiterentwickelt werden sollte.

Wo steht der europäische Binnenmarkt heute?

Christoph Neumayer: Der Binnenmarkt ist der Grundstein für einen fairen und zukunftsorientierten Markt in Europa. Mit dem EU-Beitritt hat Österreich gerade vom Binnenmarkt in hohem Ausmaß profitiert. Aus Sicht der Industrie und für Österreich ist der Binnenmarkt eine Erfolgsgeschichte: Durch die Aufhebung bestehender Hemmnisse, besonders zu unseren Nachbarländern, konnte der Warenimport und -export enorm ausgebaut werden.

Wie und wo konnte Österreich profitieren?

Christoph Neumayer: Rund ein Drittel der Waren und Dienstleistungen aus Österreich werden im Ausland verkauft. Das macht uns zu einer Exportnation, die vom Freihandel in den Bereichen Arbeitsplätze, Wohlstand und Sozialstaat massiv profitiert. Seit dem Einstieg in den EU-Binnenmarkt ist Österreichs Exportquote von 33,6 Prozent im Jahr 1995 auf knapp 60 Prozent im Jahr 2021 gestiegen – und liegt damit über dem EU-Durchschnitt. Heimische Unternehmen ersparen sich durch den Wegfall der EU-Binnengrenzen jährlich rund 2,2 bis 5,5 Milliarden Euro und die Auslandsinvestitionen in Österreich sind auf das Fünffache gestiegen.

Jetzt muss es darum gehen, den Binnenmarkt konsequent weiter zu vertiefen, Potenzial ist noch reichlich vorhanden: So gilt es, die europaweite Durchsetzung bestehender Binnenmarktregeln sicherzustellen und gleichzeitig noch bestehende Hemmnisse, wie zum Beispiel im Dienstleistungsbereich oder im Digitalen Binnenmarkt abzubauen.

Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage der

EU im internationalen Vergleich?

Christoph Neumayer: Die geopolitische Lage hat sich durch die Pandemie, durch den Krieg in Europa und die dadurch steigende Inflation verändert. Wir haben daraus folgend aktuell eine gefährliche Kombination in Europa, und somit auch in Österreich, von Push-Effekten, die das Wirtschaften in Europa schwierig machen. Dazu zählen einerseits die nach wie vor hohen Energiekosten, der massive Arbeits- und Fachkräftemangel oder die langen Genehmigungsverfahren. Andererseits gibt es Pull-Faktoren, die von anderen Regionen der Welt vorangetrieben werden. Mit einem 330 Milliarden Dollar Paket an Steuerbegünstigungen unterstützt beispielsweise die USA zukünftige Investitionen in Green-Tech-Produkte, die in den USA hergestellt werden. In Europa sind bislang keine vergleichbaren Maßnahmen umgesetzt – und daraus entsteht ein Wettbewerbsnachteil für heimische Unternehmen.

Wie könnte die Europastimmung in Österreich verbessert werden?

Christoph Neumayer: Es ist von enormer Bedeutung, immer und immer wieder die Vor-



© Philipp Horak/IV

Christoph Neumayer sieht zukünftiges Potenzial

„Unter den Mitgliedstaaten, aber auch gesellschaftlich, ist es wichtig, dass wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Europa präsentiert sich mit Stärke und Relevanz, wenn es mit einer Stimme spricht.“

Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung

teile der Europäischen Union hervorzuheben. Viele positive Projekte, die in Brüssel initiiert und danach in Österreich umgesetzt wurden, verbindet man in erster Linie nicht direkt mit der Europäischen Union. Oder aber Österreich betreibt als Gegenbeispiel im negativen Sinne sogenanntes Gold Plating von EU-Richtlinien, mit einem Mehr an Bürokratie und Kosten für Bürger:innen und Unternehmen. Das erzeugt oft eine negative Wahrnehmung. Da ist es unsere Aufgabe, aufklärend zu wirken und deutlich darauf hinzuweisen, dass viele Vorteile für Bürger:innen und Unternehmen ohne Europäische Union nicht möglich wären. Mit dieser ständigen Bewusstseinsbildung kann es langfristig gelingen, die Stimmung gegenüber der Europäischen Union zu verbessern.

Werfen wir einen Blick in die Zukunft des EU-Binnenmarktes: Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Herausforderungen für die nächsten Jahre? Wie muss der Binnenmarkt weiterentwickelt werden, um das gemeinsame Europa zu stärken?

Christoph Neumayer: Der Binnenmarkt sollte noch nicht als abgeschlossenes Projekt gesehen werden, sondern vielmehr

als flexibler Raum, der immer wieder auf neue Entwicklungen und Herausforderungen reagiert. Wenn man beispielsweise den Digitalen Binnenmarkt betrachtet, gibt es hier noch viele Potentiale für einen freien, wirtschaftlichen Austausch unter den Mitgliedstaaten. Ebenso, wenn es darum geht, Dienstleistungen barrierefrei EU-weit anbieten zu können.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine Zeitenwende eingeläutet. Wie muss Europa – über die unmittelbare Solidarität mit der Ukraine hinaus – reagieren?

Christoph Neumayer: Unter den Mitgliedstaaten, aber auch gesellschaftlich, ist es wichtig, dass wir uns nicht auseinanderdividieren lassen. Europa präsentiert sich mit Stärke und Relevanz, wenn es mit einer Stimme spricht. Wirtschaftlich hat uns der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine gezeigt, dass wir keine neuen Abhängigkeiten eingehen dürfen bzw. durch Diversifizierung einseitige Abhängigkeiten reduzieren müssen, etwa im Falle dringend benötigter Rohstoffe. Deshalb braucht es einerseits neue verlässliche Partner durch faire Freihandelsabkommen wie z.B. Mercosur und anderer-

seits gute Rahmenbedingungen für eine eigene Produktion in Europa, wie z.B. bei Halbleitertechnologien. ★

iv INDUSTRIELLEN
VEREINIGUNG

Die **Industriellenvereinigung (IV)** ist eine freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie mit mehr als 4.500 Mitgliedern.

Christoph Neumayer ist Generalsekretär der IV.

Kontakt:

Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung)

📍 1031 Wien

Schwarzenbergplatz 4

☎ +43 1 71135

🌐 @company/industriellenvereinigung/

📷 @die.industriellenvereinigung/

🐦 @iv_industrie

📘 @industriellenvereinigung



EU muss mehr Chance als Einschränkung sein

LKÖ-Präsident Josef Moosbrugger beleuchtet, welchen Herausforderungen sich die EU stellen muss und was es für Versorgungssicherheit in Zukunft braucht.

Welche Bilanz ziehen Sie nach 30 Jahren Binnenmarkt?

Josef Moosbrugger: Österreich konnte die Integration und die Herausforderungen des Binnenmarktes in allen Bereichen der Wirtschaft, Gesellschaft und Volkswirtschaft gut meistern. Die österreichischen Agrar- und Lebensmittelexporte haben sich gut entwickelt. Viele Prognosen über die Potenziale eines Beitritts haben sich im positiven Sinne bestätigt.

Wo wurden vielleicht auch Erwartungen enttäuscht?

Josef Moosbrugger: Die Notwendigkeit der Europäischen Union als Einheit wurde durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bestätigt. Gleichzeitig ist Europa von so vielen unterschiedlichen Gege-

benheiten und Interessenlagen charakterisiert, dass die Abstimmung höchst kompliziert und langwierig erscheint. Gerade seit Ausbruch der letzten Krisen vermissen wir Möglichkeiten, auf gravierende Änderungen schneller reagieren zu können. Durch die Globalisierung sind auch Abhängigkeiten entstanden, die gerade in Krisenzeiten problematisch werden können. Die Störung der Lieferketten am Beginn der Corona-Krise hat uns deutlich vor Augen geführt, was es bedeutet, wenn man bei der Versorgung mit wichtigen Gütern des täglichen Bedarfs auf Dritte angewiesen ist. Auch punkto Migration, geeinte Sicherheit und gemeinsames Auftreten auf den Weltmärkten gibt es noch erhebliche Defizite. Es gibt ein permanentes Tauziehen zwischen Einigkeit und Verlust von Souveränität.

Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage der EU?

Josef Moosbrugger: Grundsätzlich gut, aber die strategische Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Krisenregionen belastet die gesamte Wettbewerbsfähigkeit der EU massiv, so auch die Land- und Forstwirtschaft. Diese Abhängigkeit müssen wir auch mittels erneuerbaren Energien wie Biomasse

massiv verringern und im Lebensmittel-Bereich verhindern. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass unsere Land- und Forstwirtschaft nicht unter die Räder kommt, sondern es Möglichkeiten zum Produzieren und faire Wettbewerbsbedingungen gibt. Gerade bei Lebensmitteln müssen wir Versorgungssicherheit in Europa gewährleisten, die auch in Krisenzeiten hält. Wir brauchen echte Nachhaltigkeit, bei der Ökologie, Ökonomie und Soziales Hand in Hand gehen.

Österreich hat stark vom europäischen Binnenmarkt profitiert. Warum ist die EU-Stimmung hierzulande dennoch eher unterkühlt?

Josef Moosbrugger: Ich denke schon, dass den Österreicherinnen und Österreichern die Vorteile bewusst sind. Als Vertreter der Land- und Forstwirtschaft muss ich aber ehrlich sagen, dass die vielen Regulative und bürokratischen Auflagen aus Brüssel zu Problemen in nationaler Ausgestaltung und Praxis führen. Dass uns verschiedene EU-Strategien bei der tagtäglichen Arbeit einschränken und uns wichtige Produktionsmittel wegnehmen würden und gleichzeitig Handelsabkommen mit Handelsblöcken geplant werden, die unsere Märk-



© Schedl

Josef Moosbrugger: Krisen zeigen, dass EU-Einigkeit notwendig ist

„Es darf nicht passieren, dass wir die Produktion in Europa durch immer höhere Produktionsauflagen einschränken und verteuern und gleichzeitig über Handelsabkommen Importe ermöglichen, die in einer Art und Weise hergestellt werden, die wir ablehnen.“

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

te dann mit Produkten unter Druck bringen - aus einer Form von Landwirtschaft, die wir bei uns so nicht haben wollen, ist unseren Mitgliedern nur schwer vermittelbar. Das trübt die EU-Begeisterung.

Wie könnte die Europastimmung in Österreich verbessert werden?

Josef Moosbrugger: Gerade durch die Teilnahme an gemeinsamen europäischen Angeboten, Jugend-Austausch-Programmen, Erasmus-Projekten, Diskussionsveranstaltungen etc. kann das Verständnis für die europäischen Institutionen verbessert werden. Die EU muss mehr Chance als Einschränkung sein und sich auch entsprechend positionieren.

Welche Herausforderungen warten auf die EU?

Josef Moosbrugger: Angesichts der aktuellen Herausforderungen wird es entscheidend sein, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wertschöpfungsketten zu erhalten und sich im internationalen Verbund der Herausforderung der Klimaverschlechterung zu stellen. Wie gesagt, wir brauchen echte Nachhaltigkeit, um Versorgungssicherheit und Wohlstand in Europa abzusichern.

Welche Maßnahmen sind notwendig, um das gemeinsame Europa zu stärken?

Josef Moosbrugger: Die Handelsströme am Binnenmarkt funktionieren, aber wir brauchen faire Wertschöpfungsanteile für die Land- und Forstwirtschaft und wir müssen nationale Spielräume ermöglichen. Der EU-Binnenmarkt funktioniert dann, wenn europäische Hersteller interessante Rahmenbedingungen vorfinden, um in Europa zu produzieren - von Lebens- bis zu Arzneimitteln. Europa wird seinen Wohlstand nur dann halten können, wenn zentrale Produktionsschienen nicht anhaltend abwandern. Auch die Energiemärkte müssen in den Regelungen umfasst werden.

Stichwort Ukraine - wie sollte die EU hier reagieren?

Josef Moosbrugger: Europa muss sich neuen Fragestellungen widmen, wie einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Es muss auch dafür sorgen, dass so etwas wie ein europäisches Grundverständnis entsteht. Dafür braucht es eine Verständigung auf ein paar zentrale strategische Ansätze, die gemeinsam verfolgt werden, nicht ständig neue Strategien, die einander

widersprechen. Und punkto Land- und Forstwirtschaft: Es darf nicht sein, dass sich unsere Bäuerinnen und Bauern an immer noch strengere Vorgaben halten müssen, während bei internationalen Handelsabkommen plötzlich alle Standards über Bord geworfen werden. Diese müssen - bei aller Solidarität für die Ukraine - auch bei Importen aus dieser Region eingehalten werden. ★

lk Landwirtschaftskammer
Österreich

Die **Landwirtschaftskammer Österreich** ist die größte land- und forstwirtschaftliche Interessenvertretung Österreichs.

Josef Moosbrugger ist Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich.

Kontakt:

📍 1015 Wien,
Schauflegasse 6
☎ +43 1 53 441 - 0
✉ office@lk-oe.at
📷 @lk_oesterreich
📘 @Landwirtschaftskammer-
Österreich-LKÖ



Bürger:innen verlangen ein stärkeres Europa

Der Binnenmarkt ist ein „unvollendetes“ Erfolgsprojekt. Die NEOS wollen ihn ökologisch, sozial-nachhaltig, und fit für die Digitalisierung gestalten – für ein starkes Europa in der Welt.

Hat der Binnenmarkt Ihre Erwartungen erfüllt?

Claudia Gamon: Der Binnenmarkt ist eines der größten politischen Erfolgsprojekte der Welt. Kennzeichen dieses Erfolges ist, dass er ein selbstverständlicher Teil unseres Alltages ist. Erst durch die Bilder aus Großbritannien haben wir gesehen, was das Fehlen eines Binnenmarktes bedeutet: Lieferverzögerungen, Zölle und leere Supermarktregale. Dieser Einschnitt ist ein klarer Auftrag an uns, die Erfolgsgeschichte auch in Zukunft weiterzuschreiben und den Binnenmarkt zu erweitern. Die Märkte und unsere Anforderungen an sie verändern sich – man denke nur an die Klimakatastrophe, Covid, oder den Angriffskrieg in der Ukraine. In diesem Sinn ist der Binnenmarkt nie „vollendet“.

Wie und wo konnte Österreich profitieren? Wo wurden Erwartungen enttäuscht?

Claudia Gamon: Österreich hat und wird in etlichen Bereichen vom europäischen Binnenmarkt profitieren. Denken wir zum Beispiel an die vielen Zulieferbetriebe, die wir haben. Der Warenaustausch würde nie so reibungslos funktionieren, hätten wir keinen Binnenmarkt. Jeder zweite Arbeitsplatz in Öster-

reich hängt direkt oder indirekt mit Export zusammen, 75 % der in Österreich produzierten Güter und Dienstleistungen gehen in den EU-Binnenmarkt. Das ist eine Verdreifachung seit dem EU-Beitritt (WKÖ). Diese klaren Vorteile für jede und jeden in Europa stehen auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite sehen wir rechtspopulistisch agierende Parteien, die unter dem Eindruck von Brexit, Trump und Co. einen nationalen Kurs fahren. Es enttäuscht mich zu sehen, wie viele unserer gemeinsamen Errungenschaften sie bereit sind aufzugeben, nur um im eigenen Land politisches Kleingeld zu schlagen.

Welche Herausforderungen kommen in den nächsten Jahren auf den Binnenmarkt zu?

Claudia Gamon: Der europäische Binnenmarkt ist die wirkungsvollste Errungenschaft, die Europa aufzuweisen hat. Sowohl nach außen, wenn es um unser Auftreten in der Welt geht, als auch nach innen, für Europas Bürger:innen. Die große Herausforderung ist es, diese Errungenschaft zukunfts-tauglich zu machen und so für die nächste Generation zu erhalten. Gemeinsam müssen wir

den Binnenmarkt ökologisch, sozial-nachhaltig, und fit für die Digitalisierung gestalten – für ein starkes Europa in der Welt.

Welche Maßnahmen sind notwendig, um das gemeinsame Europa zu stärken?

Claudia Gamon: Ein Beispiel ist der gemeinsame Energiebinnenmarkt. Obwohl die EU seit den 1990er Jahren an einer Harmonisierung der nationalen Energiemärkte arbeitet, brauchte es die Krisen der letzten Jahre, um das Thema ins Rampenlicht zu rücken. Wir brauchen einen integrierten Energiemarkt, um unsere umwelt-, sozial- und geopolitischen Ziele zu erreichen. Als Politiker:innen ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Ich bin davon überzeugt, dass diese fair und transparent sein müssen. Nur so können wir die Energiewende, Unabhängigkeit von Russland und erschwingliche Preise für die Konsument:innen schaffen.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine Zeitenwende eingeläutet – wie muss Europa reagieren?

Claudia Gamon: Zum Ukraine-krieg lässt sich einiges sagen. Lassen Sie mich drei Punkte herausgreifen.

„Wir brauchen einen integrierten Energiemarkt, um unsere umwelt-, sozial- und geopolitischen Ziele zu erreichen. Als Politiker:innen ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.“

Claudia Gamon, Mitglied des Europäischen Parlaments



Claudia Gamon fordert ein stärkeres Europa

© NEOS

Erstens. Seitdem Russland durch Sanktionen der Zugriff auf den Binnenmarkt versperrt wird, ist es trotz aller Rhetorik auf seine Gaslieferungen angewiesen, um seine Wirtschaft am Laufen zu halten. Die Sanktionen wirken.

Zweitens. Gleichzeitig können wir sehen, wie schmerzhaft sich das Fehlen eines Binnenmarktes in manchen Sektoren auswirkt. Dort, wo der Binnenmarkt bis jetzt nicht „vollendet“ ist – Stichwort Energie – erleben wir massive Unsicherheit und sind in schwierigen Zeiten den Gefahren nationaler Alleingänge ausgesetzt. Einzelne Mitgliedstaaten, und da sticht Österreich besonders hervor, haben sich durch solche Alleingänge zu abhängig von Diktatoren wie Putin gemacht und damit die gesamte Union in Geiselschaft genommen.

Drittens. Ich sehe, wie wir diesen Fehler jetzt wieder begehen. Wenn wir den Binnenmarkt/die Union fit für die Zukunft machen wollen, wenn wir strategisch unabhängiger werden wollen, wenn wir die unglaubliche Marktmacht, die 450 Millionen Konsument:innen haben, wirksam einsetzen wollen, dann brauchen wir weit gestreute Partnerschaften. Stichwort Umweltschutz.

Abkommen mit strengen Umweltstandards, wie Mercosur, könnten ein Instrument dafür sein, den europäischen Green Deal bis in die ganze Welt hinaus auszudehnen.

Die EU-Zukunftskonferenz hat viele Ideen zur Weiterentwicklung der EU auf den Tisch gelegt. Welche Maßnahmen sind besonders wichtig?

Claudia Gamon: Die Bürger:innen verlangen ein stärkeres Europa. Ein Europa, das funktioniert. Ein Europa, das für sie funktioniert. Besonders drei Themen standen im Vordergrund. Für uns NEOS sind sie eine Herzensangelegenheit:

Bildung ist der Schlüssel zu einem freien und selbst bestimmten Leben. Unsere Schulen wirken mit ihren Stundentafeln und Lehrplänen wie aus der Zeit gefallen. Seit Jahren setzen wir uns daher für eine umfassende Reform der Lehrpläne ein, damit die Schule den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. So fordern wir eine zeitgemäße Vermittlung von Medienkompetenz.

Dem Ziel, der erste klimaneutrale Kontinent zu werden, ist Europa im April ein Stück nähergekommen. Doch auch wenn es erste Siege gibt, ist die

Arbeit noch lange nicht getan. Jetzt ist es wichtig, den Fokus nicht zu verlieren!

Nur ein vereintes Europa ist ein handlungsfähiges Europa und damit ein ernstzunehmender Verhandlungspartner. Als Verhandlungspartner am Tisch zu sitzen, ist gerade in diesen dynamischen Zeiten wichtiger denn je. Genau deswegen fordern wir NEOS die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa – mit einer echten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, einem selbstbewussten Europäischen Parlament, einer effizienten europäischen Regierung und mehr Beteiligungsmöglichkeiten für die Unionsbürger:innen! ★

A graphic with a light blue background and a pattern of faint white icons. At the top is the 'neos' logo in black lowercase letters, with a pink circle above the 'o'. Below the logo, the text reads: 'Claudia Gamon ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments.' At the bottom, under the heading 'Kontakt:', there are two lines of contact information: an email icon followed by 'kontakt@neos.eu' and a Facebook icon followed by '@NeosDasNeueOsterreich'.



EU-Zukunftsvisionen verändern sich mit der Zeit

Im Gespräch mit Europahaus Direktor Marc Germeshausen spricht Präsident Christof Zernatto über ehemalige und heutige Visionen zur Zukunft Europas.

Herr Zernatto, Sie sind seit Mai 2022 Präsident im Europahaus Klagenfurt und waren zum Zeitpunkt des österreichischen EU-Beitritts Landeshauptmann von Kärnten. Welche Visionen hatte die EU damals? Welchen Mehrwert hat man sich in Österreich durch die EU-Mitgliedschaft erwartet und welche Ziele wurden verfolgt?

Christof Zernatto: Die EU war nicht nur ein ökonomisches Projekt, obwohl kurzfristig natürlich die Teilnahme am ge-

meinsamen Markt – mit allen Rechten und Pflichten – der wichtigste Aspekt war. Die darüberhinausgehende Idee war, ein geeintes Europa als Friedensprojekt zu gestalten, damit Kriege, wie sie in der Vergangenheit stattgefunden haben, nach Möglichkeit keinen Raum mehr haben sollen. Das war das wesentlichste Argument, warum sich eine überwiegende Zahl der Österreicher:innen für einen Beitritt Österreichs ausgesprochen hat. Gerade im ökonomischen Bereich, wenn

ich an die Landwirtschaft denke, hat es auch viele Bedenken gegeben. Aber letztlich hat sich dann die Vision eines geeinten Europas in Vielfalt durchgesetzt. Das war damals die überzeugende Idee, weshalb die Volksabstimmung zu diesem Thema ganz klar und positiv für einen Beitritt Österreichs ausgegangen ist.

Wenn man dies jetzt reflektiert: Haben sich die Erwartungen nach fast 30 Jahren EU-Mitgliedschaft erfüllt? Sind die Ziele aufgegangen? Ist die Vision, die man damals hatte, auch eingetroffen?

Christof Zernatto: Man muss sagen, dass Visionen idealtypische Vorstellungen von einer möglichen Zukunft sind. Idealtypisch findet eine Zukunft aber sehr selten statt. Das war auch seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union mit der Union so. Natürlich sind die Mühen der Ebene meistens größer als man vorher angenommen hat. Damit werden auch allfällige Bedenken-träger:innen in ihrer Position immer wieder



© Europahaus Klagenfurt/Hude

Seit Mai 2022 ist Christof Zernatto neuer Präsident des Europahauses Klagenfurt. Ihm zur Seite steht Direktor Marc Germeshausen

„Für mich bedeutet Europa Heimat.“

Christof Zernatto, Präsident des Europahaus Klagenfurt

gestärkt. Aber im Großen und Ganzen muss man sagen, dass die Grundvorstellung – nämlich ein funktionierender gemeinsamer Markt und die gemeinsamen Bemühungen um Frieden in Europa – sehr wohl verwirklicht wurden. Allein dass die Reisefreiheit für alle Österreicher:innen in Europa heute so selbstverständlich ist, dass sich junge Menschen gar nicht mehr vorstellen können, dass es Grenzen gegeben hat, an welchen kontrolliert wurde, dass heute junge Menschen unkompliziert Auslandssemester an europäischen Universitäten absolvieren können, dass Lehrlinge heute auch die Möglichkeit haben, international Erfahrung zu sammeln, das sind die Dinge, die sich zum Positiven verändert haben.

Wir sind jetzt im Jahr 2023 und erleben mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine gerade eine Konfliktsituation in Europa. Wenn man aus heutiger Sicht nachdenken würde, wohin soll sich die EU entwickeln und welche Zukunftsvisionen soll man aktuell haben?

Christof Zernatto: So tragisch dieser Konflikt in der Ukraine ist, so sehr hat er auf der anderen Seite auch wieder den Be-

weis erbracht, wie wichtig die Gemeinsamkeit in Europa und ein gemeinsames Vorgehen sind. Er hat uns auch einmal mehr die Augen geöffnet, dass Europa mehr sein muss als ein gemeinsamer Markt, als ein ökonomisches Erfolgskonzept. Vielmehr geht es um eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik. Das ist, glaube ich, der Punkt, den man tatsächlich visionär weiterentwickeln muss. Wohin soll sich Europa bewegen? Wie kann sich Europa so emanzipieren, dass es unabhängig von Amerika oder anderen verbündeten Teilen unserer Welt ist und seine Sicherheit selbstständig gewährleisten kann. Das ist ein Punkt, an dem man massiv arbeiten muss.

Ganz persönlich: Was bedeutet Europa für Sie?

Christof Zernatto: Für mich bedeutet Europa „Heimat“. Es ist ein sehr weiter Heimatbegriff, das ist mir vollkommen klar. Wenn wir es aus einer übergeordneten Perspektive sehen, fühlen wir uns heute durch die Möglichkeit der Reisefreiheit, durch die Möglichkeit mit sehr vielen Menschen auf diesem Kontinent zu kommunizieren, überall in Europa, bis zu einem gewissen Grad beheimatet.

Ich glaube, dass dieses Gefühl weiterentwickelt werden muss, weil nur wenn dieses Gefühl selbstverständlich wird, dann wird auch ein gemeinsames Europa eine Selbstverständlichkeit sein. ★



Österreichische Föderation der Europahäuser (ÖFEH)

Die Österreichischen Europahäuser arbeiten in der politischen Europa-Bildung.

Christof Zernatto

Seit Mai 2022 hat das Europahaus Klagenfurt mit dem ehemaligen Kärntner Landeshauptmann Christof Zernatto einen neuen Präsidenten. Als Österreich der EU beigetreten ist, war Zernatto in der Kärntner Landesregierung für diese Agenden zuständig.

Kontakt:

✉ office@dieeuropahaeuser.at
🌐 www.dieeuropahaeuser.at



Daseinsvorsorge ist das Rückgrat der EU

Während Städte Garanten für Daseinsvorsorge und regionale Wertschöpfung sind, ist der Binnenmarkt für den Österreichischen Städtebund ein Meilenstein der Integration.

Der durch den EU-Binnenmarkt induzierte Abbau von Handelsbeschränkungen war speziell für eine kleine, offene Volkswirtschaft wie Österreich ein erfolversprechender Wendepunkt. Österreich hat von der wirtschaftlichen Öffnung in Richtung Mittel- und Osteuropa nicht nur als Investor im Vergleich zu anderen Mitgliedsländern überproportional profitiert, sondern ist durch die EU-Erweiterung auch als Wirtschaftseinheit ins geografische und ökonomische Zentrum gerückt.

Grundlage für das Funktionieren des EU-Binnenmarktes sind die Verträge der Europäischen Union und die zahlreichen von der Europäischen Kommission streng überwachten EU-Regelungen. In diesem Beitrag werden wir aus Perspektive der regionalen und kommunalen Daseinsvorsorge einige Kritikpunkte an der grenzenlosen Liberalisierungslogik andeuten und Argumente formulieren, weshalb der europaweite Trend zur Rekommunalisierung in relevanten Sektoren bei der Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes unterstützt werden soll.

Erodiert der Binnenmarkt?

Der Antipode der Europäischen Integration ist die Fragmentation. So sind es ja politische Überzeugungen, die über lange Zeit die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa peu à peu voranbrachten, und viele Beobachter:innen fragen sich nun, ob der Austritt des Vereinigten Königreichs (UK) der formale Startschuss für eine schleichende Erosion des europäischen Erfolgsprojekts ist.

Dass der BREXIT ein wirtschaftliches Desaster für das UK wird, lässt sich mittlerweile auch mit den aktuellen Wirtschaftskennzahlen belegen. Auch die Streikwellen in zentralen Sektoren der Daseinsvorsorge unterstreichen, dass auch vor dem Hintergrund unvorhersehbarer Krisen (z. B. Pandemie, Energiekrise) der protektionistische UK-Sonderweg deutliche Spuren der Verunsicherung hinterlassen hat.

Daseinsvorsorge unter Druck

Das Beispiel UK zeigt, dass sinnloser Protektionismus die Leistungserbringung von Kommunen und kommunalen Unternehmen erheblich einschränken kann. Diese Feststellung gilt auch für das andere Extrem, den politischen Duktus einer grenzenlosen Liberalisierung. Auch wenn der Binnenmarkt als einheitlicher Markt für rund 450 Millionen EU-Bürger:innen zweifelsohne ein Beispiel ökonomischer Prosperität ist, weist diese Erfolgsbilanz aus Sicht der öffentlichen, kommunalen und gemeinnützigen Wirtschaft durchaus einige Schattierungen auf. Insbesondere in Zeiten der Mehrfachkrisen rückt die Bedeutung der lokalen Daseinsvorsorge in den Vordergrund, umfasst diese schließlich Leistungen, die mit Blick auf resiliente Infrastrukturen das Alltagsleben am Laufen halten und die regionale Wertschöpfung absichern.



© Markus Wache, VÖWG

Für Johannes Schmid und Heidrun Maier ist der Binnenmarkt ein Meilenstein der Integration

„Die krisenfeste Bereitstellung relevanter Infrastrukturdienstleistungen hat sich bestens bewährt und sollte in der Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes ausgebaut und gestärkt werden.“

Johannes Schmid, stellvertretender Generalsekretär des Österreichischen Städtebunds

Der Druck transnationaler Unternehmen, die mit Gewinnabsichten öffentliches Eigentum privatisieren, torpediert den regionalen und kommunalen Anspruch der breitenwirksamen Leistbarkeit relevanter Daseinsgrundfunktionen, was sich am Beispiel des Energiebinnenmarktes zeigen lässt. So ist die Entkoppelung der lokalen Stromproduktion von der EU-weiten Preisgestaltung für viele nicht mehr nachvollziehbar. Wenn rund 60 Prozent des in Österreich produzierten Stroms aus Wasserkraft generiert wird und trotz massiver Energiezuschüsse vonseiten des Bundes regionale und kommunale Dienstleister der Daseinsvorsorge mit massiven Mehrkosten konfrontiert sind, dann wird der Liberalisierungsgedanke in Richtung Bestpreis in der Praxis konterkariert. Die hohen Mehraufwendungen treffen insbesondere Kommunen und Dienstleister der Daseinsvorsorge am falschen Fuß, zumal die Finanzierung und Steuerung öffentlicher und gemeinnütziger Aufgaben schon vor den jüngsten Krisen hohe Finanzierungslücken ausgewiesen haben.

Lektion der Mehrfachkrisen

Der berechtigte Lobgesang auf den Binnenmarkt, bedarf somit aus Sicht der öffentlichen, kommunalen und gemeinnützigen Wirtschaft in Teilbereichen einer Kurskorrektur.

Speziell in Zeiten der Krise gilt es, die Interessen des Gemeinwohls vor jene der Gewinnmaximierung Einzelner zu stellen und die europaweiten Trends der Rekommunalisierung in Richtung gemeinwohlorientierter Daseinsvorsorge zu stärken. Die krisenfeste Bereitstellung relevanter Infrastrukturdienstleistungen hat sich bestens bewährt und sollte in der Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktes ausgebaut und gestärkt werden. Die

Renaissance der Kommunalwirtschaft garantiert regionale Resilienz. ★

Dies ist die gekürzte Fassung eines Textes von Heidrun Maier (Geschäftsführerin VÖWG) und Johannes Schmid (Stv-GS des Österreichischen Städtebunds), der in Ausgabe 4/2023, Seite 50f, der Österreichischen Gemeindezeitung (ÖGZ – Magazin des Österreichischen Städtebunds; www.staedtebund.gv.at/oegz/aktuelle-oegz-ausgaben/) erschienen ist.



Österreichischer Städtebund

Der **Österreichische Städtebund** ist die kommunale Interessenvertretung von insgesamt 258 Städten und größeren Gemeinden. Der Verein wurde 1915 gegründet und hat heute neben Wien und den Landeshauptstädten praktisch alle Gemeinden mit über 10.000 Einwohner:innen als Mitglied.

Heidrun Maier ist Geschäftsführerin VÖWG
Johannes Schmid ist stellvertretender Generalsekretär des Österreichischen Städtebunds

Kontakt:
📍 1082 Wien, Rathaus, Stiege 5, Hochparterre
☎ +43 1 4000-89980
✉ post@staedtebund.gv.at
🌐 www.staedtebund.gv.at
📘 [@staedtebund.at](https://www.facebook.com/ostaedtebund)



Rechte der Arbeitnehmer:innen müssen gestärkt werden

Der ÖGB freut sich über gemeinsame Erfolge wie die EU-Mindestlohnrichtlinie, sieht aber in vielen anderen Bereichen des europäischen Binnenmarktes noch ein großes Verbesserungspotenzial.

„Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt“, meinte Jacques Delors. Wenn man die Vorschläge der EU-Kommission zum 30-Jahr-Jubiläum analysiert, bestätigt sich das leider. Die Wettbewerbsfähigkeit der EU soll durch Maßnahmen wie dem „One-in, One-out“-Prinzip oder eine neue Folgenabschätzung der „kumulativen Auswirkungen von Maßnahmen“ gesichert werden. Vorhaben wie diese werden leider die Situation der Arbeitnehmer:innen nicht verbessern.

Wie kann man Gewerkschaftsarbeit in Europa erfolgreich gestalten? In der öffentlichen Wahrnehmung erscheint Gewerkschaftsarbeit vor allem als nationale Angelegenheit. Es gelingen aber mit vereinten Kräften beachtliche Erfolge – wie die EU-Mindestlohnrichtlinie. Jahrelang wurde darum gerungen, bis es endlich grünes Licht gab.

Die Mindestlohnrichtlinie ist ein Meilenstein, sie bietet in allen Mitgliedstaaten einen Rahmen für den Schutz von Arbeitnehmer:innen. Sie wird 24 Millionen Menschen eine Lohnerhöhung bringen und sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer:innen einen Lohn bekommen, der ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Die Richtlinie soll gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen, indem sie verhindert, dass Unternehmen Arbeitnehmer:innen in Niedriglohnländern einstellen, um zu sparen. Das wird den sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU stärken und die Gefahr von Lohn- und Sozialdumping verringern. Die EU-Mindestlohnrichtlinie sorgt somit für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität in der EU.

Es geht aber auch um die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmer:innen, um bessere Arbeitsbedingungen und weniger Diskriminierung. Das soll über Kollektivverträge geregelt werden. Die Kommission fordert von allen Mitgliedstaaten eine Minimum-KV-Abdeckung von 80 Prozent. Österreich steht bei 98 Prozent, in anderen Ländern gibt es teilweise großen Nachholbedarf. Schaffen es die Länder nicht, zeitnah Maßnahmen zu setzen, müssen als Übergangsbefehl „angemessene“ gesetzliche Mindestlöhne eingeführt werden. Wir leben in einer Zeit großer Transformationen. Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen der Klimakatastrophe erlebt und gleichzeitig die letzte, die noch etwas dagegen unternehmen kann. Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern auch eine Klassenfrage. Deswegen fordern die Gewerkschaften einen gerechten Übergang. Arbeitnehmer:innen dürfen nicht auf der Strecke bleiben, sie müssen optimal vorbereitet und qualifiziert werden.

Wolfgang Katzian möchte die Rechte der Arbeitnehmer:innen weiter stärken



© ÖGB/Schön

„Wenn es mit vereinten Kräften und Unterstützung der Gewerkschaften gelingt, einiges voranzutreiben und zu realisieren, so wie wir das bei der Mindestlohnrichtlinie geschafft haben, dann werden mehr Menschen die EU als das wertschätzen, was sie sein soll: ein großes Friedens- und Sozialprojekt.“

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Wichtige Säulen sind die Umsetzung der sozialen Rechte und Ergänzung der EU-Verträge durch ein soziales Fortschrittsprotokoll, um den Rechten der Arbeitnehmer:innen Vorrang zu geben und nicht wie bisher den Unternehmensinteressen. Beispiel ist der Energiecharta-Vertrag, der Energiekonzernen die Möglichkeit gibt, Staaten vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen, wenn sie Maßnahmen zum Klimaschutz, Energiepreisdeckel oder eine Übergewinnsteuer umsetzen wollen. Der Vertrag ist ein „Klimakiller“ par excellence und auch angesichts der Inflationskrise höchst problematisch. Ein Ausstieg Österreichs und der EU ist der einzig vernünftige Weg. Auch die Digitalisierung muss als Chance genutzt und nicht zur Aushöhlung von Arbeitnehmer:innen-Rechten missbraucht werden. Und beim Lieferkettengesetz gibt es noch viel Handlungsbedarf. Gewerkschaften fordern vehement, dass Unternehmen Arbeits- und Menschenrechte entlang der Wertschöpfungskette garantieren. Gleichzeitig muss die EU aus Krisen lernen: Lebensnotwendige Güter müssen zu leistbaren Preisen zur Verfügung stehen.

Demokratie muss gestärkt werden

Besonderes Anliegen ist die Stärkung von Frieden und Demokratie, die EU muss zu einer demokratischeren Institution entwickelt werden. Sei es durch die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip zu Mehrheitsentscheidungen, durch die Anerkennung von Gewerkschaftsrechten und Sozialstandards als zwingende Beitrittsvoraussetzungen oder durch Sanktionen für Mitgliedstaaten, die demokratische Grundrechte verletzen.

Das ist zweifellos eine lange Liste. Wenn es mit vereinten Kräften und Unterstützung der Gewerk-

schaften gelingt, einiges davon voranzutreiben und zu realisieren, so wie wir das bei der Mindestlohnrichtlinie geschafft haben, werden mehr Menschen die EU als das wertschätzen, was sie sein soll: ein großes Friedens- und Sozialprojekt. ★



Der **ÖGB** ist eine überparteiliche Interessenvertretung unselbstständiger Erwerbstätiger mit 1,2 Millionen Mitgliedern. Der ÖGB und seine Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmer:innen gegenüber Arbeitgeber:innen, Staat und Parteien, er wendet sich kompromisslos gegen jede Art von Diskriminierung, Rassismus, Faschismus und Diktatur.

Wolfgang Katzian ist seit 2018 Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) und seit 2023 Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

Kontakt:

📍 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
☎ +43 1 534 44 39
✉ oegb@oegb.at
🌐 www.oegb.at
📘 @oegb.at
🐦 @oegb_at
📷 @oegb.at/
📺 user/OEGBOnline
🎵 @oegj.att



Ein Stück europäischer Identität

Eine repräsentative Umfrage der ÖGfE zeigt: Die Österreicher:innen haben die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes schätzen gelernt.

Verlieben kann man sich in einen gemeinsamen Markt nicht. So hat es 1989 der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors treffend formuliert. Nun ist der Binnenmarkt dreißig Jahre alt und wird hierzulande durchaus geschätzt, wie Daten der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik zeigen.

Das gilt konkret für die Bewertung der vier Grundfreiheiten, die die Basis des gemeinsamen Marktes sind. Sieben von zehn Befragten in Österreich halten die Personenfreizügigkeit, die es Bürger:innen der EU ermöglicht, in einem anderen Mitgliedstaat

zu wohnen und zu arbeiten, für wichtig, während sich nur ein knappes Viertel gegenteilig äußert. Ein in etwa identes Bild zeigt sich in der Beurteilung des freien Warenverkehrs. Das freie Angebot von Dienstleistungen wird von zwei Dritteln als wichtig erachtet, der freie Kapitalverkehr von etwa sechzig Prozent.

Wenn es darum geht, die Vor- und Nachteile abzuwägen, die sich für unser Land durch die Teilnahme am Binnenmarkt ergeben, so ist zu erkennen, dass die Menschen in Österreich positiver bilanzieren, als dies noch zum 20. Jahrestag des gemeinsamen Marktes der Fall war. So sagen knapp drei Viertel, dass heimische Konsument:innen vom Binnenmarkt profitiert haben – ein Plus von 14 Prozentpunkten – während weniger als ein Fünftel dezidiert Nachteile erkennt.

Knapp sechs von zehn Befragten – und damit zwölf Prozent mehr als im Herbst 2012 – erkennen für heimische Arbeitskräfte Vorteile. Drei von zehn stimmen dem nicht zu. Ähnlich werden die Auswirkungen des Binnenmarktes auf heimische Klein- und Mittelbetriebe bewertet, wobei auch hier die Zahl jener, die mehr Vor- als Nachteile sehen, um elf Prozentpunkte gewachsen ist.

Big Player profitieren am stärksten

Als stärkste Profiteur:innen des gemeinsamen Marktes gelten den Österreicher:innen jedoch nach wie vor die heimischen Großunternehmen. Wie schon vor zehn Jahren haben fast 80 Prozent den Eindruck, dass der Binnenmarkt gerade den Big Playern von Nutzen ist.

Was lässt sich nun aus diesen Ergebnissen folgern? Für eine kleine und exportorientierte



© Foto Wilke

Paul Schmidt wünscht sich mehr Dynamik im Binnenmarkt

„Zum Verlieben ist er zwar nicht, der Binnenmarkt.

Aber als Grundpfeiler der Europäischen Integration hat er sich sehr bewährt und seine Vorteile werden von den Österreicher:innen geschätzt. Jetzt gilt es, ihn im Sinne der grünen Transformation und des sozialen Dialogs weiterzuentwickeln.“

Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Volkswirtschaft wie Österreich ist die Teilnahme am EU-Binnenmarkt essenziell. Der Wegfall von Grenzkontrollen, Zöllen oder Kontingentierungen ermöglicht den größten einheitlichen Markt der Welt, der auch die globale Rolle Europas stärkt. Konsument:innen profitieren von größerer Produktauswahl und günstigeren Preisen, die freie Wahl von Wohnsitz und Arbeitsort fördert die inhereuropäische Mobilität und bringt neue Möglichkeiten und Chancen – vor allem auch für die junge Generation.

Stabiler Grundpfeiler der Integration

Der Binnenmarkt erweist sich in einer von vielen Krisen und Herausforderungen geschüttelten EU als stabiler Grundpfeiler der Europäischen Integration. Gerade in unsicheren Zeiten ist der gemeinsame Wirtschaftsraum ein Beleg dafür, was die EU zu leisten vermag, wenn sich die Mitgliedstaaten einig zeigen. Vergleichbar der gemeinsamen Währung steckt im Binnenmarkt auch ein Stück europäischer Identität. Sein Mehrwert – und das ist für eine positive Bewertung bei den Menschen essenziell – ist im Alltag greifbar, seine Vorzüge für jede und jeden spürbar.

Doch der Binnenmarkt ist noch nicht vollendet. Neben der strategischen Unabhängigkeit und grünen Transformation in Europa muss ein zukunftstauglicher Markt insbesondere auch den Ausbau grenzüberschreitender Rechte von Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen vortreiben, dem Steuerwettbewerb unter den Mitgliedsländern Grenzen setzen sowie eine Stärkung der Sozialsysteme und die Intensivierung des sozialen Dialogs stärker berücksichtigen und sich schon jetzt für etwaige kommende EU-Erwei-

terungen wappnen. Die Ausweitung des Euro- und Schengenraums wäre schließlich ein weiterer Faktor, um dem gemeinsamen Markt mehr Dynamik zu verleihen und den grenzüberschreitenden Austausch zu fördern. ★



Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Paul Schmidt ist seit September 2009 Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Davor war er für die Oesterreichische Nationalbank in Wien und als Stellvertretender Leiter der Repräsentanz in Brüssel tätig. Schmidt studierte Internationale Beziehungen, Politikwissenschaften und Publizistik an Universitäten in Österreich, Spanien und den USA und ist Absolvent der Diplomatischen Akademie in Wien. Der Fokus seiner beruflichen Tätigkeit ist die Analyse und Diskussion aktueller Herausforderungen der Europäischen Integration.

Kontakt:

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE)

✉ europa@oegfe.at

🌐 www.oegfe.at

📘 [@oegfe](https://www.facebook.com/oegfe)

🐦 [@oegfe](https://twitter.com/oegfe)

📷 [@oegfe](https://www.instagram.com/oegfe)



Hort der Freiheit, des Fortschritts und des Wohlstandes

Der EU-Binnenmarkt entwickelte sich für die ÖVP in den letzten 30 Jahren zu einem Hort der Freiheit, des Fortschritts, des Wachstums, der Möglichkeiten und des geteilten Wohlstandes.



© Wirtschaftsbund Österreich

Der Europäische Binnenmarkt ist vermutlich die größte Errungenschaft des europäischen Integrationsprojekts. Heute umfasst er 27 Staaten mit etwa 450 Millionen Einwohnern.

Schätzungen zufolge schuf der EU-Binnenmarkt seit seiner Gründung im Jahr 1993 in Europa 56 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, 70 Prozent der Warenexporte kleiner und mittlerer Unternehmen sowie einen Warenhandel, der rund 25 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union (EU) ausmacht.

Dieses Jahr feiert der Binnenmarkt sein 30-jähriges Jubiläum. Ursprünglich lediglich als Freihandelsraum ohne tarifäre oder nichttarifäre Handelshemmnisse zwischen seinen Mitgliedern konzipiert, entwickelte er sich in den letzten 30 Jahren zu einem Hort der Freiheit, des Fortschritts, des Wachstums, der Möglichkeiten und eines geteilten Wohlstandes.

Binnenmarkt muss sich weiterentwickeln

Trotz all dieser Errungenschaften muss und wird sich dieser Binnenmarkt auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiterentwickeln.

Dabei lassen sich große wirtschaftliche Potenziale, insbesondere im Dienstleistungsbereich erkennen.

Carmen Jeitler-Cincelli setzt sich für eine weitere Vertiefung des Binnenmarktes ein

*„Europäische Vorschriften haben dazu beigetragen,
Barrieren zu reduzieren und den freien Warenverkehr zu erleichtern.“*

Carmen Jeitler-Cincelli, ordentliches Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Als Herzstück Europas steht allerdings auch der EU-Binnenmarkt angesichts der aktuellen globalen Unsicherheiten vor zahlreichen Herausforderungen. Die jüngsten Krisen wie die COVID-19-Pandemie, der Krieg in unmittelbarer Nachbarschaft und die Energiekrise zeigen, wie fragil der EU-Binnenmarkt in Krisenzeiten sein kann.

Barrieren wurden reduziert, der freie Handel erleichtert

Trotz der Herausforderungen, die noch bestehen, hat der EU-Binnenmarkt bereits bedeutende Fortschritte bei der Förderung grenzüberschreitender Tätigkeiten erzielt. Europäische Vorschriften haben dazu beigetragen, Barrieren zu reduzieren und den freien Warenverkehr zu erleichtern.

Es wurden Bemühungen unternommen, die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zu verbessern und die Entsendung von Arbeitnehmer:innen zu erleichtern. Zudem gibt es Initiativen, um nationalen Protektionismus und diskriminierende Maßnahmen zu bekämpfen.

Integration des Binnenmarktes schreitet voran

Obwohl es noch Unterschiede in den Steuersystemen gibt, wurden bereits Maßnahmen ergriffen, um diese anzunähern. Insgesamt schreitet die Integration des EU-Binnenmarktes voran und bietet weiterhin Chancen für Unternehmen und Investor:innen.

Die Europäische Union, aber auch Österreich sind auf einen gut funktionierenden Binnenmarkt angewiesen. Darum nehmen wir das 30-jährige Jubi-

läum zum Anlass, an der Weiterentwicklung und Vertiefung des EU-Binnenmarktes zu arbeiten, um ihn für uns und alle zukünftigen Generationen zu sichern.

Alles Gute zum Jubiläum, lieber Binnenmarkt! ★



Abg.z.NR Carmen Jeitler-Cincelli ist als eine von sechs österreichischen Delegierten ordentliches Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Kontakt:

Die Volkspartei

📍 1010 Wien, Lichtenfelsgasse 7

☎ +43 1 40126-0

✉ email@oevp.at

🌐 www.dievolkspartei.at

🐦 @volkspartei

✉ carmen.jeitler-cincelli@parlament.gv.at

📘 @carmenjeitler

📷 @carmenjeitler

📘 @Volkspartei



EU-Binnenmarkt muss widerstandsfähiger werden

Teuerung und Klimakrise stellen die EU vor große Herausforderungen. Die SPÖ erwartet sich gemeinsame Antworten und entschlossene Maßnahmen.

Wie fällt Ihre persönliche Bilanz zu 30 Jahren Binnenmarkt aus?

Jörg Leichtfried: In den 30 Jahren seines Bestehens hat der Europäische Binnenmarkt Einigkeit und Chancen gebracht. Gleichzeitig ist der Binnenmarkt einer der Eckpfeiler der europäischen Integration. Durch ihn wird der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen innerhalb der Europäischen Union genauso wie innerhalb eines einzelnen Mitgliedstaates realisiert. Die Harmonisierung und die gegenseitige Anerkennung von Normen ermöglichen, dass Unternehmen ihre Produkte auf einem gemeinsamen Markt mit über 450 Millionen Menschen verkaufen können.

Die Beseitigung von Hindernissen hat zu einem erheblichen Anstieg des Handels innerhalb der EU geführt. Die EU-Bürger:innen profitieren nicht zuletzt von hohen Produktsicherheitsstandards und können in jedem EU-Land studieren, leben und arbeiten.

In Zeiten von Covid-19 ist der Binnenmarkt allerdings an seine Grenzen gekommen. Es ist daher in unser aller Interesse, den Binnenmarkt für zukünftige Herausforderungen zu

wappnen und widerstandsfähiger zu machen.

Konnte Österreich profitieren? Wo wurden Erwartungen enttäuscht?

Jörg Leichtfried: Der Europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Errungenschaft, trotzdem stimmt mich dieses Jubiläum ein wenig nachdenklich. Aus dem EU-Wohlstandsversprechen ist nämlich ein harter Kampf um die niedrigsten Standards geworden. Die Teuerung von Baumaterialien und Energie sowie Lieferengpässe führen zu Verzögerungen und starken Preisanstiegen. Geringere Gewinne und Umsatzrückgänge verschärfen den Wettbewerb. Folglich wird auf billigere entsandte Arbeitnehmer:innen zurückgegriffen. Österreich ist dabei (relativ zur Größe) das Top-Zielland für Entsendungen. Den Bausektor trifft der Unterbietungswettbewerb besonders hart: Untersuchungen der Bauarbeiter-, Urlaubs- und Abfertigungskasse zeigen, dass fast 50 Prozent der ausländischen Entsendefirmen nicht die kollektivvertraglich festgelegten Löhne einhalten. Das ist ein immenses Problem.

Was können gesellschaftliche

Kräfte wie Verbände, Vereine und Parteien tun, um die Europastimmung in Österreich zu verbessern?

Jörg Leichtfried: Wir alle spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, die Europastimmung in Österreich zu verbessern. Vieles wird aktuell als selbstverständlich angesehen, weil es zur Norm geworden ist und auch funktioniert.

Ich bin – wie sagt man so schön – leidenschaftlicher Europäer, aber es muss auch in Ordnung sein, Dinge anzusprechen, die in Europa (noch) nicht funktionieren und gemeinsam Lösungen zu finden. Hier müssen wir alle – über Parteigrenzen hinweg – konstruktiv zusammenarbeiten, um das Beste für die Bürger:innen raus zu holen.

Werfen wir einen Blick auf die Zukunft des EU-Binnenmarktes bzw. der EU: Was sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten Herausforderungen für die nächsten Jahre?

Jörg Leichtfried: Auch 30 Jahre nach seiner Einführung ist er noch nicht vollendet. Es verbleiben immer noch einige Hindernisse und der Markt steht vor neuen Herausforderungen wie dem digitalen Wandel und dem

„Die EU-Bürger:innen profitieren von hohen Produktsicherheitsstandards und können in jedem EU-Land studieren, leben und arbeiten.“

Jörg Leichtfried, Abgeordneter zum Nationalrat

Übergang zu einer weniger kohlenstoffintensiven und auch nachhaltigen Wirtschaft. Und wie bereits erwähnt: Auch das Problem bei den Entsendungen muss gelöst werden.

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat eine Zeitenwende eingeläutet. Wie sollte Europa reagieren?

Jörg Leichtfried: Den Begriff „Zeitenwende“ finde ich sehr passend. Europa wurde als Friedensprojekt gegründet. Einen Krieg quasi vor der Haustüre konnten sich wohl die wenigsten vorstellen.

Dass sich Europa in dieser Frage so geeint und solidarisch zeigt und auch schnell reagiert, hat wohl viele positiv überrascht und zeigt, dass die fehlende Handlungsfähigkeit, die der EU oftmals attestiert wird, in diesem Fall nicht gerechtfertigt ist.

Die Solidarität der EU und Österreichs der Ukraine gegenüber muss jedenfalls bestehen bleiben, aber ich muss schon sagen, dass mich die Aufrüstung weltweit doch wirklich nachdenklich stimmt und beunruhigt.

Wie bewerten Sie die aktuelle wirtschaftliche Lage der

Jörg Leichtfried wünscht sich von der EU entschlossene Maßnahmen

EU im internationalen Vergleich?

Jörg Leichtfried: Die Herausforderungen für die EU-Mitgliedstaaten sind angesichts der aktuellen Teuerungs- und Klimakrise groß. Die Handlungen der EU sind im Vergleich zu anderen großen Wirtschaftsnationen wie den USA aber leider enttäuschend.

Weder werden entschlossene Maßnahmen im Kampf gegen die Teuerung gesetzt – etwa durch einen gezielten Eingriff in den Energiemarkt samt einer Besteuerung von Übergewinnen – noch kann man sich bislang auf ein großes Programm von europäischen Rekordinvestitionen in die Klimawende als entschlossene Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA einigen.

Die hohe Inflation führt in weiten Teilen der EU zu erheblichen Kaufkraftverlusten, was sich auf den Konsum niederschlägt. Die mangelnden Investitionen in die Energiewende könnten mittel- bis langfristig zu einem Verlust an Arbeitsplätzen führen. ★



© SPÖ Steiermark



Jörg Leichtfried ist Nationalratsabgeordneter sowie Bereichssprecher für Medien, Verfassung und Europäische Union. Zuvor war der Steirer Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie.

Kontakt:

SPÖ Bundesorganisation
📍 1010 Wien, Löwelstr. 18
✉ kontakt@spoe.at



Menschen in Österreich profitieren vom Binnenmarkt

Für die WH Media ist der Binnenmarkt ein einzigartiges Erfolgsprojekt. Im Rundfunkbereich bleiben jedoch noch Hausaufgaben offen.

Am 1. Jänner 1993 von den damals zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Union geschaffen, ist der Binnenmarkt ohne Zweifel eine der größten gemeinsamen Errungenschaften der europäischen Bürgerinnen und Bürger und zentraler Faktor der europäischen Integration. Wenn wir heuer das 30-jährige Jubiläum des Binnenmarktes feiern, dann gehören die Erleichterungen, die der gemeinsame Marktplatz für die österreichische Volkswirtschaft gebracht hat, ganz selbstverständlich zu unserem Alltag. Oft vergessen wir daher, dass die grenzüberschreitende wirtschaftliche Zusammenarbeit früher mit zahlreichen Hürden verbunden war.

Erst der Binnenmarkt hat den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital in der EU ermöglicht und damit zu einer weitgehenden Marktintegration zwischen den Volkswirtschaften der EU-Mitgliedstaaten geführt.

Als exportorientierte Volkswirtschaft hat Österreich von Beginn an zu den Top-Profiteuren des freien Warenverkehrs gezählt. Die offenen Grenzen haben der heimischen Wirtschaft nicht nur überdurchschnittlich hohe Steigerungen im Export gebracht, sondern in vielen Sektoren auch kräftige Einkommenszuwächse und insgesamt ein deutliches Plus bei ausländischen Direktinvestitionen.



© Alek Kawka

Marcin Kotlowski sieht Österreich auf der Gewinnerseite

Europäisches Erfolgsprojekt

Für den internationalen Erfolg des Binnenmarktsprojekts spricht auch, dass der gemeinsame Markt heute sowohl EU- als auch Nicht-EU-Länder umfasst: So nehmen Island, Liechtenstein und Norwegen über den Europäischen Wirtschaftsraum, den sie mit der EU errichtet haben, an den vielfältigen Vorteilen und Freiheiten des Binnenmarktes teil. Die Schweiz hat ein bilaterales Abkommen mit der EU geschlossen, durch welches dem Land ein exklusiver Zugang zum Binnenmarkt ermöglicht wird.

Der Binnenmarkt ist somit eine starke und tragfähige Kraft bei der Bewältigung von gemeinsamen Herausforderungen, wie sich unter anderem beim Umgang mit der Covid-19-Pandemie oder der Energiekrise gezeigt hat. Auch bei der Suche nach gemeinsamen Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels oder der Digitalisierung der europäischen Wirtschaft zeigen sich die Mitgliedstaaten des Binnenmarktes als geschlossene und zukunftsorientierte Gemeinschaft.

„Für die Zukunft wünsche ich mir eine geordnete Regulierung des europäischen Rundfunks, die den zerklüfteten europäischen Rundfunkmarkt und seine Bedeutung für die Demokratieentwicklung berücksichtigt.“

Marcin Kotlowski, Geschäftsführer WH Media

Die Basis für den zukünftigen Erfolg des Binnenmarktes sind die einzigartigen Vorteile des gemeinsamen Marktes für die europäische Gemeinschaft und die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten. Dazu gehören:

- Die gegenseitige Anerkennung ermöglicht es Unternehmen, ihre Produkte auf einem Markt mit mehr als 450 Millionen Menschen zu verkaufen.
- Die Beseitigung von Hindernissen hat zu einem deutlichen Anstieg des Handelsvolumens innerhalb der Europäischen Union geführt.
- Der Binnenmarkt hat dazu beigetragen, die EU zu einem der mächtigsten Handelsblöcke der Welt zu machen, gleichauf mit anderen globalen Handelsmächten wie den USA und China.
- Die EU-Bürger:innen profitieren von hohen Produktsicherheitsstandards und können in jedem EU-Land studieren, leben, arbeiten und sich zur Ruhe setzen.

Neue Herausforderungen warten

Der EU-Binnenmarkt ist das Herzstück Europas, doch steht er angesichts der aktuellen globalen Unsicherheiten vor zahlreichen Herausforderungen. So führten uns zuletzt Krisen wie die COVID-19-Pandemie, der Ukraine Krieg und die Energiekrisen deutlich vor Augen, wie zerbrechlich der EU-Binnenmarkt in instabilen Zeiten sein kann. Da die Europäische Union heute mehr denn je auf einen funktionierenden Binnenmarkt angewiesen ist, sollte das Jubiläum auch zum Anlass genommen werden, um an der Weiterentwicklung und Vertiefung des Binnenmarktes zu arbeiten. Denn nur durch zielgerichtete Verbesserungsmaßnahmen kann der Binnenmarkt seine Stärke auch in den kommenden 30 Jahren voll entfalten. Für die

Zukunft wünsche ich mir daher eine geordnete Regulierung des europäischen Rundfunks, die den zerklüfteten europäischen Rundfunkmarkt und seine Bedeutung für die Demokratieentwicklung berücksichtigt. ★

WH MEDIA
ein unternehmen der **wienholding**

Marcin Kotlowski ist Geschäftsführer der WH Media GmbH.

WH Media steht für regionalen, hochwertigen Content und Wiener Know-How. Diesen Content produziert und vermittelt das Unternehmen mit viel Erfahrung und modernsten Technologien. Gemeinsam mit den Kund:innen werden Ziele definiert und maßgeschneiderte Kommunikationslösungen entwickelt – über kulturelle, sprachliche und technische Grenzen hinaus.

Kontakt:

W24 - Das Wiener Stadtfernsehen / WH Digital
R9 Regional TV Austria
Stadt Wien | Internationale Büros
WH-Interactive

📍 1010 Wien, Renngasse 5/4

☎ +43 1 368 34 24

✉ office@wh-m.at

📘 @w24tv

🐦 @wien24

📷 @w24tv



Was der EU-Binnenmarkt jetzt braucht

Österreichs Wirtschaft hat die Vorteile des gemeinsamen Marktes gut genützt. Das Jubiläum ist für die Wirtschaftskammer Anlass, den Binnenmarkt weiterzuentwickeln.

Ein gemeinsamer Markt für rund 450 Millionen Menschen, 56 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, eine Wirtschaftsleistung von 14,5 Billionen Euro – die Bilanz der ersten 30 Jahre des EU-Binnenmarktes kann sich sehen lassen. De facto ziehen wir damit Fazit über den größten Erfolg der europäischen Integration, der gleichzeitig zu den „unfinished businesses“ der Europäischen Union zählt.

Denn die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas als globale Marktmacht verlangt nach einer steten Weiterentwicklung. Corona-Pandemie, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Energiekrise haben gezeigt, wie fragil der EU-Binnenmarkt in Krisenzeiten sein kann. Die Welt erlebt geopolitisch gerade ihre größte Veränderung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Europa muss sich besser wappnen

Europa ist gefordert, sich gegen die immer stärker werdende Konkurrenz in der globalen Wirtschaft besser zu wappnen. Der gemeinsame Binnenmarkt spielt daher eine wichtige Rolle, um Forschung und Innovation zu Gunsten des Klimaschutzes und der Digitalisierung voranzutreiben und gemeinsame Herausforderungen zu meistern.

Österreich zählt dabei zu jenen Ländern, die die Vorteile des gemeinsamen europäischen Marktes besonders gut für sich nutzen können – durch mehr Wachstum, mehr Jobs und zusätzliche Chancen unserer Betriebe. Die Gleichung: Die EU ist für Österreich Heimat und Heimmarkt – und das lässt sich lückenlos belegen:



© WKÖ/Nadine Studeny

Mariana Kühnel sieht Österreich als Gewinner des gemeinsamen Marktes

- 7 von 10 Euro im Außenhandel wickeln unsere Betriebe mit der EU ab, die heimischen Exporte in die 26 anderen EU-Mitgliedstaaten haben sich seit dem EU-Beitritt 1995 von 33 Milliarden auf 133 Milliarden Euro im Jahr 2022 mehr als vervierfacht.
- Insgesamt gibt es mittlerweile rund 63.100 rot-weiß-rote Exportbetriebe, die überwiegende Mehrheit sind Klein- und Mittelbetriebe. Fast jeder zweite Job ist in Österreich direkt oder indirekt durch den Export gesichert.
- Durch den Wegfall der EU-Binnengrenzen ersparen sich die heimischen Betriebe im EU-Export rund 2,65 bis 6,5 Milliarden Euro im Jahr.
- Österreich ist durch den EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten in das geografische und wirtschaftliche Zentrum der EU gerückt. Allein die Ausfuhren nach Polen, Tschechien, in die Slowakei, Ungarn und Slowenien haben sich mehr als versiebenfacht - von 4 Milliarden (1995) auf 30,9 Milliarden Euro.

„Der EU-Binnenmarkt muss unser Generalschlüssel sein, mit dem wir befähigt sind, Europas Wettbewerbsfähigkeit aufzusperren und damit die Türen für die Bürger:innen und Unternehmen weit öffnen können.“

Mariana Kühnel, Generalsekretär-Stellvertreterin der Wirtschaftskammer Österreich

- Die jährlichen Neuinvestitionen ausländischer Unternehmen in Österreich sind im Zeitraum 1995-2021 im Vergleich zu den drei Jahren vor unserem EU-Beitritt mit durchschnittlich sieben Milliarden Euro auf das Fünffache gestiegen. Der Bestand an Direktinvestitionen hat sich von 16 Milliarden Euro 1995 auf 188 Milliarden Euro 2021 erhöht.

WKÖ-Förderungsprogramm für mehr EU-Wettbewerbsfähigkeit

Angesichts der Herausforderungen, die vor der Europäischen Union liegen, muss es das gemeinsame Interesse sein, den Binnenmarkt weiter zu stärken und resilienter zu gestalten. Wettbewerbsfähigkeit darf kein Schlagwort sein, sondern muss mit Durchschlagskraft in klugen Maßnahmen umgesetzt werden.

Die WKÖ hat dazu ein 10 Punkte umfassendes Förderungsprogramm erstellt und an Vertreter:innen von Bundesregierung, EU-Kommission und Europaparlament übermittelt.

Als besonders vordringlich werden folgende Punkte eingestuft:

- Bürokratieabbau und das Vermeiden überbordender Belastungen für Unternehmen.
- Ein klarer Fokus auf den Dienstleistungsbinnenmarkt, wo große Potenziale liegen – insbesondere auch für junge und wachsende Unternehmen – derzeit in der Praxis aber noch viele Hürden bestehen.
- Eine Ausdehnung der Schengen-Zone, um die vollen Potenziale des Binnenmarktes heben zu können.
- Die frühzeitige Implementierung von Binnen-

- marktregeln in Beitrittskandidatenländern.
- Eine weitere Ausdehnung der Euro-Zone auf alle Staaten des Binnenmarktes.

Unser Ziel: Aus einem unfertigen einen fertigen und voll funktionsfähigen Binnenmarkt machen. Wir wollen, dass sich Europa selbst die Chance erarbeitet, seine vollen Potenziale auszuschöpfen und damit resilienter und wettbewerbsfähiger in die Zukunft geht. Der EU-Binnenmarkt muss unser Generalschlüssel sein, mit dem wir befähigt sind, Europas Wettbewerbsfähigkeit aufzusperren und damit die Türen für die Bürger:innen und Unternehmen weit öffnen können. ★



WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Die Wirtschaftskammern Österreichs vertreten mehr als 540.000 Mitgliedsbetriebe. Als starke Stimme der Unternehmen setzen wir uns für eine zukunftsorientierte und wirtschaftsfreundliche Politik ein.

Mariana Kühnel ist Generalsekretär-Stellvertreterin der Wirtschaftskammer Österreich.

Kontakt:

Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien

✉ eu@wko.at

🌐 www.wko.at



European Business Circle: Zielgerichtete Vernetzung

Der European Business Circle (EBC) der EBÖ setzt sich für eine stärkere Berücksichtigung von Standortfragen ein und öffnet ergänzende Kommunikationskanäle.

Der European Business Circle (EBC) wurde Anfang 2023 auf Initiative von EBÖ-Präsident Christoph Leitl gegründet. Der Fokus der Aktivitäten liegt auf standortrelevanten Themen, die für die nachhaltige Entwicklung heimischer Betriebe von Bedeutung sind.

Das Besondere beim European Business Circle ist, dass Themen auf europäischer Ebene von Anfang an begleitet und entsprechende Vorstellungen, Sachargumente und Lösungsvorschläge dazu eingebracht werden können. So soll bereits bei der Entwicklung neuer Themen – lange bevor sie in konkreten Vorschlägen vorliegen – aktiv mitgearbeitet, Informationen entsprechend aufbereitet und Ideen eingebracht werden.

Für diese Themen setzt sich der EBC ein:

- Technologieoffenheit
- Innovationsförderung
- Fachkräfteausbildung
- Kapitalmarktausbau
- Energiekostensenkung
- Handelsabkommen
- Lieferkettenverantwortung ohne große bürokratische Belastungen

Weitere Infos und Kontakt:

European Business Circle
✉ christoph.leitl@eb-austria.eu

Vorteile einer Mitgliedschaft im EBC der EBÖ:

- Vernetzung mit Stakeholdern aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft
- Logo „Mitglied der Europäischen Bewegung Österreich“
- Zugang zu Infos & Events von EBÖ & European Movement International (EMI)
- Mitglied im Unternehmensbeirat der EBÖ
- Teilnahme an EU-Netzwerk- & Strategie-Workshops ★



© European Union 2021

„EUROPA braucht Options-, Impact- und Risk-Assessment mit Life-Time-Circle-Analysis.“

Dr. Paul Rübiger, MEP a.D., Mitglied des Verwaltungsrats des EIT, Mitglied EWSA



„Wir bei BLITZBLANK sind sehr stolz darauf, nun auch Mitglied der Europäischen Bewegung Österreich zu sein! Gerade in unruhigen Zeiten, ist ein starker europäischer Binnenmarkt von höchster Bedeutung für unser Land. Wir freuen uns deshalb besonders, hier einen kleinen Beitrag leisten zu dürfen.“

**Mario Reichel, Geschäftsführer von BLITZBLANK
Reinigung Dienstleistungsunternehmen GmbH**



„Der Europäische Binnenmarkt hat es uns erleichtert, unsere auf fünf Kontinenten erworbenen Kompetenzen in Europa einzusetzen und so die Dienstleistungen in den Bereichen Schwermaschinenbau, Wasserkräfte, erneuerbarer Energie, Bau- und Industrie zu verbessern.“

Sergio Trombini, Präsident der ATB Group



„2016 wurde die europäische Tabakproduktrichtlinie in Österreich umgesetzt. Sieben Jahre danach haben wir 27 unterschiedliche einzelstaatliche Gesetzgebungen. Das Ziel der Binnenmarktharmonisierung wurde weitestgehend verfehlt. Gerade vor dem Hintergrund des europäischen Plans zur Krebsbekämpfung (Europe's Beating Cancer Plan) sollte das Jubiläum Anlass geben, eine ernsthafte Diskussion darüber zu führen, wie gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden können, die zum Gesundheitsschutz beitragen und das Potenzial von risikoreduzierten Produkten zur vollen Entfaltung bringen, damit immer mehr erwachsene Raucherinnen und Raucher auf diese Alternativen umsteigen.“

**Jochen Hiller,
Geschäftsführer von British American Tobacco (Austria) GmbH**



Europäische Bewegung Österreich (EBÖ)



Plattform für pro-europäische Kräfte in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft

Die Europäische Bewegung Österreich (EBÖ), gegründet am 9. Juli 1958, ist eine überparteiliche Plattform von Interessengruppen in Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft in Österreich.

Als nationale Sektion der 1948 gegründeten Europäischen Bewegung International (EMI) mit Sitz in Brüssel ist die EBÖ Teil des größten und ältesten pro-europäischen zivilgesellschaftlichen Netzwerkes in Europa.

Die EBÖ setzt sich für die Stärkung des Europagedankens und die Förderung der europäischen Integration auf allen politischen Ebenen sowie die Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger im Sinne der europäischen Einigung ein. ★



© EBÖ

Gemeinsam für Europa: EMI-Präsidentin Eva Maydell, Christoph Leitl, Sabine Radl (v.l.n.r.)

Hauptaktivitäten der EBÖ



Europa-Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit



Vernetzung der Mitglieder



Kooperation durch diverse Info-Formate (z. B. EBÖ Exklusiv Hintergrund-Briefing)



Multiplikator:innen-kampagnen



Veranstaltungen



gemeinsame Grundsatzpositionierungen zur österreichischen Europapolitik und zur Weiterentwicklung der EU



© Vicky Posch

Die EBÖ ist Mitglied von European Movement International und steht parteiübergreifend für die Förderung des Europa-Gedankens

Präsidium & Vorstand (2022–2024)

Präsident

- Dr. Christoph Leitl

Vizepräsident:innen

- BM a.D. NR-Abg. Mag. Jörg Leichtfried, SPÖ
- BM a.D. Dr. Friedhelm Frischenschlager
- MEP Dr. Othmar Karas, VP EU-Parlament
- Abg.z.NR Josef Muchitsch, Vorsitzender GBH
- Dr. Ewald Nowotny, Präsident ÖGfE
- MEP Evelyn Regner, VP EU-Parlament
- MEP Dr.ⁱⁿ Monika Vana, Grüne

Vorstandsmitglieder

- Renate Anderl, Arbeiterkammer
- Sabir Ansari, Bundes Jugend Vertretung
- Mag. Christian Buchmann, EYFON
- Mag.^a Elisabeth Dittrich, AEDE Österreich
- BM a.D. Dr. Werner Fasslabend, ÖFEH
- BM a.D. Dr.ⁱⁿ Monika Forstinger, proquest
- NR-Abg. Mag.^a Carmen Jeitler-Cincelli, BA, ÖVP
- Wolfgang Katzian, ÖGB
- Mag. Marcin Kotlowski, WH Media
- DI Ferdinand Lembacher, LKÖ
- Alexander Lesigang, Österreichischer Städtebund
- MMag. Christian Mandl, WKÖ
- Dr. Franz Nauschnigg, ELEC
- Mag. Alfred Riedl, Österreichischer Gemeindebund
- Dr. Gerhard Riemer, Industriellenvereinigung
- NR-Abg. Dr. Niki Scherak, MA, NEOS
- Mag. Paul Schmidt, ÖGfE

Mitgliedsverbände

- Arbeiterkammer Wien - Bundesarbeitskammer (AK)
- Bund Europäischer Jugend /Junge Europäische Föderalisten (BEJ/JEF)
- Bundesjugendvertretung (BJV)
- BürgerInnen Forum Europa (BFE)
- Die Grünen – Die grüne Alternative (GRÜNE)
- Europäische Föderalistische Bewegung Österreich (EFB)
- Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC) Austria
- Gewerkschaft Bau-Holz (GBH)
- Industriellenvereinigung Österreich (IV)
- Landwirtschaftskammer Österreich (LKÖ)
- NEOS – Das neue Österreich (NEOS)
- Österreichische Föderation der Europahäuser (ÖFEH)
- Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE)
- Österreichischer Gemeindebund
- Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB)
- Österreichischer Städtebund
- ÖVP Parlamentsklub (ÖVP)
- SPÖ Parlamentsklub (SPÖ)
- Verein für europapolitische Bildung – AEDE Österreich („Europtimus“)
- Wien Holding Media (WHM)
- Wirtschaftskammer Österreich (WKO)



Binnenmarkt-Servicestellen in Österreich

Enterprise Europe Network - EEN

www.enterpriseeuropenetwork.at

Das Enterprise Europe Network – kofinanziert von der Europäischen Kommission – ist das weltweit größte Servicenetzwerk für Unternehmen. Die Wirtschaftskammer Österreich koordiniert das Enterprise Europe Network Austria.

Portal „Ihr Europa“ und „Ihr Europa – Beratungsdienst“

www.enterpriseeuropenetwork.at

europa.eu/youreurope

Die Rechte und Möglichkeiten in Europa konzentriert auf einem digitalen Portal: Your Europe - Ihr Portal zum EU-Binnenmarkt.

SOLVIT-Netzwerk zur Problemlösung

ec.europa.eu/solvit

SOLVIT ist ein kostenloses System von Beratungsstellen, um Probleme so wirksam wie möglich und ohne Rückgriff auf Gerichtsverfahren zu lösen. Diese Stellen wurden in allen EWR-Ländern eingerichtet und sind dort Teil der nationalen Verwaltung.

Europäisches Job-Netzwerk - EURES

eures.ec.europa.eu

Aufgabe des EURES-Netzes ist es, Informationen, Beratung und Vermittlung (Abstimmung von Stellenangeboten und Arbeitssuche) für Arbeitskräfte und Arbeitgeber:innen sowie alle Bürger:innen anzubieten, die vom Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen möchten.

Europäisches Verbraucherzentrum - ECC

europakonsument.at

Das Europäische Verbraucherzentrum Österreich informiert u.a. Verbraucher:innen bei der außer-

gerichtlichen Durchsetzung ihrer Rechte im europäischen Ausland und unterstützt sie kostenlos. Der Tätigkeitsbereich ist auf Verbrauchergeschäfte, also Geschäfte zwischen Konsumenten und Unternehmern beschränkt.

Beschwerdemöglichkeit bei der Europäischen Kommission

curia.europa.eu

Jede Person kann bei der Europäischen Kommission eine Beschwerde über einen Mitgliedstaat einreichen, um eine Maßnahme (gesetzliche Regelung, Vorschrift oder Verwaltung) oder eine Praxis, die einem Mitgliedstaat anzulasten wäre, anzuzeigen, wenn diese Person der Auffassung ist, dass die Maßnahme oder Praxis gegen eine Bestimmung oder einen Grundsatz des Unionsrechts verstößt.

Einheitlicher Ansprechpartner im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr - EAP

www.eap.gv.at

Ein Aspekt der Richtlinie ist, dass Dienstleister und Dienstleistungserbringer:innen über sogenannte Einheitliche Ansprechpartner (EAP) im Ziel-Mitgliedstaat aus der Ferne und auf elektronischem Wege sämtliche notwendigen Informationen erhalten und alle Verfahren und Formalitäten erledigen können.

Grenzüberschreitende Behördenkommunikation - IMI

ec.europa.eu/internal_market/imi-net

IMI ist ein IT-gestütztes Informationsnetz, das nationale, regionale und lokale Behörden über Grenzen hinweg verbindet, damit sie schnell und unkompliziert mit ihren Pendanten in anderen EU-Mitgliedstaaten kommunizieren können.

Kontakt Daten

Europäische Bewegung Österreich
Generalsekretärin: Sabine Radl
Finanzreferentin: Ortrun Gauper

ZVR-Zahl: 711548897

 1030 Wien, Landstraßer Hauptstr. 64/12
 office@eb-austria.eu
 www.eb-austria.eu
 @EB_Austria
 @EBAustria
 @eb_austria



**Europäische
Bewegung
Österreich**

Impressum

Herausgeber: Europäische Bewegung Österreich | Mag.^a Sabine Radl, Generalsekretärin
1030 Wien, Landstraßer Hauptstr. 64/12 | office@eb-austria.eu | www.eb-austria.eu
Redaktion und Grafik: E.W.S.COM Kommunikationsagentur, Mag.^a Elisabeth Wolfbauer-Schinnerl
Fotos: Fotonachweise bei den jeweiligen Bildern
Juni 2023

Diese Broschüre wurde mit freundlicher Unterstützung der Wirtschaftskammer Österreich produziert.

Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurde an einigen Stellen auf geschlechtsbezogene Formulierungen verzichtet. Selbstverständlich sind immer Frauen und Männer gemeint, auch wenn explizit nur eines der Geschlechter angesprochen wird.



**„On ne tombe pas amoureux
d'un marché unique.”**

Jacques Delors, 1989